Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang — Donnerstag, den 17. Juli 1919 — Nummer 336 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— M., bei Zustellung unter Streifband 3,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19111.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Proteststreik in Italien.

Bern, 16. Juli.

Bei dem am Sonntag beginnenden Generalstreik in Italien, zu dem übrigens die bürgerliche Presse weitere Nachrichten über Nichtbeteiligung kleinerer Gruppen bringt, soll laut „Avanti" in ganz Italien eine Tagesordnung der Arbeiterfragen angenommen werden, in der der russischen und ungarischen Republik Grüße entboten werden und die Einstellung jeder militärischen Operation gegen diese beiden Republiken verlangt wird.

Die italienische Delegation verlangt die Veröffentlichung des Vertrags.

Bern, 16. Juli.

Nach einer Pariser Meldung des „Secolo" dringt die italienische Delegation in der Befürchtung, daß der Friedensvertrag ohne Zustimmung Italiens in Kraft treten könne, auf dessen sofortige Veröffentlichung in Italien, wo er noch vollständig unbekannt ist, sowie auf sofortige Ratifikation. Nur dadurch werde eine rechtzeitige Vertretung Italiens in den interalliierten Ausschüssen und mit Rücksicht auf die Leistungen Deutschlands die Befriedigung der dringendsten Handels- und wirtschaftlichen Bedürfnisse Italiens möglich sein.

Spaltung im Vollzugsrat.

Die Rechtssozialisten machen sich selbständig.

Gestern nachmittag hielten die rechtssozialistischen Arbeiter- und Soldatenräte und Kommunalräte eine Sitzung ab, in der sie den Beschluß faßten, sich von den Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten vollständig zu trennen. Brolat richtete erst persönliche Angriffe gegen die anderen Mitglieder und die Angestellten des Vollzugsrats. Er habe in Weimar über die Freilassung der politischen Gefangenen und das Wiedererscheinen der verbotenen Blätter verhandelt; er müsse allerdings bemerken, daß sich die politischen Gefangenen jetzt benehmen. Sie wenden sich in Freilassungsangelegenheiten unter Ausschaltung der Sozialisten schriftlich an demokratische Parlamentarier. Auf Bauers Veranlassung habe der Reichspräsident sich mit Noske in Verbindung gesetzt. Dieser habe das Wiedererscheinen der „Freien Welt" erlaubt, sich aber aus politischen Gründen dafür ausgesprochen, daß die „Republik" noch einstweilen verboten bleibe. Brolat behauptete dann, daß Genosse Oskar Cohn sich wohl für das Wiedererscheinen der „Freien Welt" eingesetzt, um das Wiedererscheinen der „Republik" sich aber nicht gekümmert habe. Am Montag habe nun nach 14tägiger Pause die erste Sitzung des Vollzugsrates stattgefunden. In dieser seien die Rechtssozialisten von den Kommunisten in der schmutzigsten Weise angegriffen worden, ohne daß die Unabhängigen auch nur einen Finger gerührt hätten. Jetzt hätten die Rechtssozialisten keine Veranlassung mehr, für diesen Vollzugsrat bei der Regierung Gelder flüssig zu machen. Die rechtssozialistischen Mitglieder des Vollzugsrats schlagen deshalb vor, aus dem Vollzugsrat auszuscheiden und die Vollversammlungen nicht mehr zu besuchen. Die Rechtssozialisten wollen nun gemeinsam mit den Demokraten eine besondere Vollversammlung abhalten, in der ein Vortrag über volkswirtschaftliche Fragen gehalten werden soll.

Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen:

„Die aus der Revolution heraus geborenen Arbeiterräte hatten politische Kompetenzen, solange Parlamente, auf demokratischer Grundlage gewählt, nicht vorhanden waren. Der Vollzugsrat von Groß-Berlin hat es nicht verhindern können oder wollen, daß die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte fast ausschließlich zum Tummelplatz niedrigster politischer Demagogie und niedrigsten Dilettantismus gemacht worden ist. Positive Resultate zum wirtschaftlichen Aufbau haben Verhandlungen der Vollversammlungen der Arbeiterräte und des Vollzugsrates nicht gezeitigt und werden sie auch zukünftig infolge ihrer Zusammensetzung nicht zeitigen können. In allen Situationen, welche durch den mit leidenschaftlicher Erbitterung geführten Kampf geschaffen wurden, zwecks Aufhebung verbotener Zeitungen, Freilassung politischer Gefangener usw., ist unser Verhalten stets von der Auffassung geleitet gewesen, unser Bestes für die Arbeiterräte zu leisten. Als inhaltlos und nichtswürdig müssen wir es bezeichnen, wenn trotz alledem unsern Vertretern im Vollzugsrat von Vertretern der anderen Richtungen persönliches, politisches Spitzeltum unterstellt wird. Unter diesen Verhältnissen sind wir gezwungen, jedes weitere gemeinschaftliche Zusammenarbeiten in den Vollversammlungen und im Vollzugsrat abzulehnen."

Der Vollzugsrat der S. P. D.-Fraktion wird weiter bestehen. — Weiter beschäftigte sich die Fraktion mit einem Antrage, sich an den von den Unabhängigen geplanten Demonstrationen nicht zu beteiligen. Ferner wurde beantragt, sich an Listensammlungen für die politischen Gefangenen nicht zu beteiligen. Die Fraktion stand beiden Anträgen, wie sich aus der Aussprache ergab, in gewisser Weise sympathisch gegenüber. Trotzdem ging sie über beide Anträge zur Tagesordnung über, weil sie sich auf den Standpunkt stellte, daß man mit rein politischen Fragen nichts mehr zu tun haben wolle, sondern dies der Parteileitung überlassen müsse.

Aus dem Verlauf dieser Sitzung muß man den Eindruck gewinnen, als ob die Rechtssozialisten nur nach einem billigen Vorwand gesucht haben, um die Spaltung in die Arbeiterräte hineinzutragen. Wenn sie die Einigkeit hätten wahren wollen, so hätte sich schon eine Verständigung erzielen lassen. Aber das wollten sie nicht; die Räte als revolutionäre Errungenschaft des Proletariats und politischer Willensausdruck der gesamten Arbeiterklasse sind den Rechtssozialisten eine höchst überflüssige Erscheinung, die so schnell wie möglich zugunsten des scheindemokratischen Parlamentarismus abzudanken hätten.

Vom Standpunkt des Rätegedankens ist diese Spaltung zu bedauern, denn der Sinn des Rätewesens besteht ja gerade darin, daß es das ganze Proletariat zu gemeinsamer Arbeit erzieht. Vom Standpunkt unserer Partei dagegen können wir die Scheidung nur begrüßen, denn sie wird dazu beitragen, daß der ohnehin geringe Einfluß, den die Rechtssozialisten bei der Berliner Arbeiterschaft noch haben, noch weiter zusammenschmelzen wird.

Loslösungsbestrebungen in Birkenfeld.

Weimar, 16. Juli.

W. T. B. Von maßgebender Seite wird uns mitgeteilt: In Birkenfeld soll morgen der Landesausschuß, der unter dem Druck der Okkupationsmacht neu gewählt werden mußte, zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht: Lossagung von Oldenburg. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Loslösungswünschen wesentlich andere aufs schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschluß an das unter Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hinzielen. Das würde ein wenigstens zeitweises Ausscheiden aus dem Reich bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verschiebung des ganzen Saargebiets, wie sie beim Friedensschluß festgelegt worden sind. Die Bestrebungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung im Einvernehmen mit der oldenburgischen Regierung legt darum schärfste Verwahrung gegen sie ein; sie wird jeden zur Rechenschaft zu ziehen wissen, der sich, aus welchen Gründen immer, daran beteiligt oder sie fördert.

Aufhebung von Handelsbeschränkungen in Holland.

Berlin, 16. Juli.

Das allgemeine Wirtschaftsabkommen zwischen der niederländischen Regierung und den assoziierten Regierungen sowie die sämtlichen Anschlußabkommen des Ueberseetrustes und der Exportzentrale sind mit Wirkung von heute außer Kraft getreten. Die holländischen staatlichen Ausfuhrverbote bleiben vorläufig noch in Kraft. Die Ausfuhrbewilligungen werden aber von der Exportzentrale ohne weiteres erteilt, soweit der innere holländische Bedarf es zuläßt. Ob die auf einzelnen Partien ruhenden alten Notverpflichtungen ohne weiteres gleichfalls fortgefallen sind, ist noch nicht klar ersichtlich.

Aufruf
an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Anläßlich der vom internationalen Proletariat am Montag, den 21. Juli, veranstalteten Demonstration gegen den kapitalistisch-imperialistischen Gewaltfrieden rufen wir das Proletariat Groß-Berlins auf, sich an den von den sozialistischen Parteien veranstalteten Demonstrationen zu beteiligen und sie zu einer machtvollen Kundgebung zu gestalten.

Gegen den Gewaltfrieden!
Für Völkerfreiheit u. Sozialismus!

Ausschuß
der Berliner Gewerkschaftskommission.

Indirekte Steuern.

R. H. Die Revolutionsregierungen haben nach dem Austritt der Unabhängigen auf die sozialistische Steuerpolitik verzichtet. Nach vielen Monaten der Untätigkeit und nicht wieder gutzumachender Unterlassungen lernen wir jetzt die neuen Steuerpläne nach und nach kennen. Und selbst die Lobredner der Regierung werden nicht behaupten, daß sich ein neuer Gedanke, ein leitendes Prinzip erkennen läßt. Es ist das alte Gemisch direkter und indirekter Abgaben, wie es uns alle „Finanzreformen" der letzten Zeiten präsentiert haben, und nirgends ist auch nur der Versuch zu erkennen, zu einem einheitlichen, organisch sich aufbauenden Steuersystem zu gelangen.

Auch ein bürgerliches Steuerprogramm hätte die Möglichkeit geboten, mit Besitzsteuern auszukommen. Daß die Regierung wieder Verbrauchsabgaben zu fordern wagt, spiegelt die politische Machtminderung wieder, die das deutsche Proletariat seit dem 9. November erfahren hat, und die gänzlich unzulängliche Vertretung seiner Interessen durch die rechtssozialistische Regierung. Denn daß eingreifende Besitzsteuern nach dem Kriege kommen würden, war unbestritten. Auch die bürgerliche Finanzwirtschaft betonte das mit allem Nachdruck schon während des Krieges. Dazu zwingt einfach die Finanznot. Die neuen Einnahmen etwa allein durch Verbrauchsabgaben decken zu wollen, wäre eine finanzielle Unmöglichkeit, da einfach die Einkommen der ärmeren Volkskreise dazu nicht entfernt ausreichen. Daß also Besitzsteuern — und zwar in großem Umfang — kommen müßten, galt allen Finanztheoretikern und Praktikern als unumgängliche Notwendigkeit, wie zum Beispiel die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über die „Neuordnung der Finanzen" beweisen. Dazu hätte es keiner sozialistischen Regierung bedurft. Das Bezeichnende ist vielmehr, daß trotz Revolution, trotz einer Regierung mit „sozialistischer" Zweidrittelmajorität wieder indirekte Steuern, Steuern auf den notwendigen Massenbedarf auftauchen können.

Nun wird zwar von einer großen Zahl Finanztheoretiker behauptet, daß indirekte Steuern eine Notwendigkeit seien, aber ein Beweis für diese Behauptung ist noch nie erbracht worden. Steuern müssen aus dem Einkommen der Gesellschaft gezahlt werden. Dieses Einkommen zerfällt in die drei großen Einkommensarten: Arbeitslohn, Profit und Grundrente. Von diesem Einkommen dient ein Teil der privaten Konsumtion, ein anderer wird erspart und zu Neuanlage von Kapital verwandt, ein dritter kann weggesteuert werden.

Wer behauptet, daß neue indirekte Steuern nötig sind, müßte den Beweis antreten, daß durch direkte Einkommens- und Besitzsteuern die notwendigen Summen nicht aufzubringen sind. Die Behauptung hört man häufig, der Beweis wird nie versucht. Neu ist nur, daß die Rechtssozialisten im Gegensatz zum Erfurter Programm, im Gegensatz zu dem Steuerprogramm, das auf dem Parteitag in Jena auch von ihnen beschlossen wurde, jetzt diese indirekten Steuern, die sie früher stets bekämpft haben, zu akzeptieren bereit sind.

Man weiß, daß indirekte Steuern umgekehrt proportional wirken. Das heißt, sie belasten das Einkommen um so stärker, je niedriger dieses ist, und treffen es um so härter, je weniger leistungsfähig der Steuerträger ist. Denn da sie wie eine Kopfsteuer wirken, belasten sie den Familienernährer um so mehr, je zahlreicher die Familie ist. In seinen 1907 erschienenen Berechnungen über Verbrauch und Verbrauchsbelastung kleiner und mittlerer Einkommen durch die indirekte Besteuerung und die Lebensmittelzölle kam Gerloff zu folgendem Ergebnis:

Die Steuern bzw. Zölle belasten ein Einkommen von 4000—6000 M. mit 1,04 bis 1,48 Prozent, ein Einkommen von 1200—2000 M. mit 2,89 bis 3,98 Prozent, Einkommen unter 800 M. aber mit 3,64 bis 5,22 Prozent.

Indirekte Steuern bedeuten also einen unmittelbaren Abzug hauptsächlich vom Lohneinkommen und treffen die ökonomisch schlechtest gestellten Arbeiterschichten am härtesten. Sie sind auch am schwersten abwälzbar, nämlich nur durch Erkämpfung von Lohnerhöhungen, die wieder gerade die bedürftigsten Schichten am schwersten durchsetzen können. Neue indirekte Steuern nehmen der Arbeiterklasse wieder einen Teil der schwer errungenen Lohnerhöhungen.

Nun sind während des Krieges die Arbeitslöhne allgemein gestiegen. Aber es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß diese Lohnsteigerungen hinter den exorbitanten Preissteigerungen zurückgeblieben sind, daß dem erhöhten Nominallohn für die Masse des Proletariats ein gesunkener Reallohn entspricht. Neue Preiserhöhung von Massenbedarfsartikeln durch indirekte Steuern bedeutet also eine neue Verschlechterung der Lebenshaltung.

Nun mag angeführt werden, daß wir in eine Periode sinkender Preise eintreten werden, in der indirekte Steuern sich weniger fühlbar machen würden. Aber gerade für die lebenswichtigsten Produkte trifft diese Annahme nicht zu. Wir müssen damit rechnen, daß die Weltmarktspreise für Lebensmittel infolge des Zurückbleibens der Produktion hinter den Anforderungen der Konsumtion, sowie infolge der während des Krieges gestiegenen und auf der erlangten Höhe fixierten Grundrente hoch bleiben werden. Für Deutschland insbesondere muß mit einer weiteren beträchtlichen Erhöhung der Brot-, Fleisch- und Kartoffelpreise gerechnet werden, wenn man sich nicht zu weitgehender sozialistischer Umorganisation eines Teils der landwirtschaftlichen Produktion entschließt. Wurde hat die Belastung für eine fünfköpfige Familie, die bloß die rationierten Lebensmittel verbrauchte, auf jährlich 308 M., von 1519 auf 1827 M., also eine Steigerung von 20 Prozent, berechnet! In Wirklichkeit wird die Belastung weit mehr ausmachen, da niemand nur von den rationierten Lebensmitteln leben kann. Zu dieser Verteuerung wird bei Beibehaltung des kapitalistischen Systems noch eine empfindliche Verteuerung der Mieten kommen, die Preisrückgänge bei anderen Bedarfsmitteln mehr als aufwiegen wird.

Und da wagt man es, mit neuen indirekten Steuern zu kommen! Dabei ist zu berücksichtigen, daß solche Preisrückgänge überhaupt nur so weit eintreten, als die hohen Preise durch die Warenknappheit verursacht sind; soweit diese aber eine Folge der Geldentwertung sind, bleiben sie natürlich mit dieser bestehen.

Nun hat aber die Geldentwertung noch eine andere Wirkung gehabt. Die Arbeitslöhne sind nominell gestiegen und das Arbeitseinkommen unterliegt jetzt in ganz anderer Weise als früher der in ihren Sätzen erhöhten direkten Besteuerung. Konnte man früher noch das Argument für die indirekten Steuern anführen, daß jene Einkommen, die für direkte Besteuerung zu niedrig sind, indirekt erfaßt werden müßten, so ist jetzt dieses Argument — ein solches vom fiskalisch-bürgerlichen Standpunkt aus — ganz hinfällig geworden. Der weitaus größte Teil der Arbeiter wird jetzt direkt zur Einkommensteuer herangezogen werden, wird also Steuern zahlen, obwohl sein Einkommen nur nominell, infolge der Geldentwertung, nicht real gestiegen ist. Und so bedeutet eine neu hinzutretende indirekte Besteuerung geradezu eine Doppelbesteuerung der Arbeiterklasse. Sie bedeutet außerdem, daß der Grundsatz der progressiven Besteuerung durchbrochen wird. Denn da die indirekten Steuern auf den kleinen Einkommen mit einem größeren Prozentsatz lasten als auf den großen, heißt das, daß in Wirklichkeit der gesamte Steuerabzug von kleineren Einkommen prozentual größer ist als er nach der Skala der Einkommensteuer allein sein dürfte.

Da die indirekten Steuern einen Abzug vom Lohneinkommen bedeuten, da dieses Einkommen infolge des Krieges real keineswegs gestiegen ist und ohnedies nunmehr zu direkter Besteuerung herangezogen wird, bedeuten neue indirekte Steuern für die Arbeiterklasse die Aufforderung, den Versuch zu unternehmen, durch Lohnkämpfe die Steuer abzuwälzen, also Lohnsteigerungen auf Kosten des Profits durchzusetzen. Gelänge dies, so müßten die Steuern schließlich von dem Profit, also von den Besitzenden getragen werden. Dann wäre die indirekte Besteuerung ein schädlicher Umweg gewesen, da er neue Unruhe in unser Wirtschaftsleben getragen hätte.

Gelingt es nicht, so bedeuten die indirekten Steuern eine unmittelbare Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitermassen. Diese Verschlechterung will die rechtssozialistische Regierung und ihre Partei herbeiführen helfen nach diesen Kriegsjahren, der Unterernährung und der Unterkonsumtion!

Durfte man von den Rechtssozialisten schon keine sozialistische Steuerpolitik erwarten, so doch wenigstens eine reine Besitzsteuerpolitik. Doch auch dahin enttäuschen sie die Massen. Die Preisgabe des sozialdemokratischen Grundsatzes, der bisher die sozialdemokratische Politik geleitet hatte, indirekte Steuern, Steuern auf die Konsumartikel der Massen zu verweigern, wäre immer eine Preisgabe der proletarischen Interessen gewesen. Jetzt, nach dem Kriege, nach der Aushungerung, ist diese Preisgabe doppelt unerhört und verdammenswert.

Für internationale Solidarität!

Der „Vorwärts" hat nunmehr sich und seine Parteigenossen selbst gerichtet und hat — allerdings wohl unbewußt — eingestanden, daß die Rechtssozialisten schon seit langem den Namen „Sozialisten" zu Unrecht führen. Fügt er doch der Nachricht von der Ablehnung des Friedensvertrages durch den Nationalausschuß der französischen Sozialisten folgende Bemerkung hinzu: „Von Sozialisten durfte ein anderer Beschluß nicht erwartet werden".

Nun, was für die Franzosen Versailles ist, das war für uns Brest-Litowsk und Bukarest. Gerade der „Vorwärts" und seine Partei lehnten es damals ausdrücklich ab, gegen diesen Schmachfrieden zu stimmen. „Von „Sozialisten" durfte ein solcher Beschluß nicht erwartet werden", sagt heute der „Vorwärts" —, wenn die andern es tun. Als geradezu infam muß man es aber bezeichnen, wenn der „Vorwärts" weiterhin die hohe Zahl der Stimmenthaltungen bei den französischen Sozialisten für „befremdlich" erklärt, hat dies Blatt doch bis heute noch nicht es für erforderlich gehalten, die Stimmenthaltung der deutschen Rechtssozialisten im Falle Brest-Litowsk und Bukarest für „befremdlich" zu erklären.

Gesteht hier der „Vorwärts" unbewußt ein, daß er mit Sozialismus nicht das geringste mehr zu tun hat, so zeigt er auch an anderer Stelle, daß er für den sozialistischen Gedankenflug sogar jedliches Verständnis verloren hat. So erklärt er jetzt, er könne es nicht begreifen, daß die unabhängigen Sozialdemokraten die Massen aufgefordert hätten, sich der gewaltigen Demonstration des englischen, französischen und italienischen Proletariates am 21. Juli anzuschließen. Wie könne man, so fragt das Blatt, gegen die deutsche Regierung protestieren, die doch gerade das getan habe, was die Unabhängigen selbst am eifrigsten gefordert hätten, nämlich die Friedensbedingungen anzunehmen.

Es ist uns wohl verständlich, daß dem „Vorwärts" der wahre Sinn dieser internationalen Demonstration des 21. Juli vollkommen verschlossen bleibt. Sie ist durchaus kein Protest der deutschen Sozialdemokraten gegen die deutsche Regierung wegen des Abschlusses des Friedens, sondern sie ist das Symbol der Erhebung gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus. Sie ist der Ausdruck der internationalen Solidarität des Proletariats der ganzen Welt. Was versteht denn auch der „Vorwärts" von internationaler Solidarität?

Am deutschen Proletariat aber ist es nun, zu zeigen, daß es anders als sein ehemaliges Blatt, das es verraten hat, das Wesen und die Ziele des Sozialismus und der internationalen Gemeinschaft des arbeitenden Volkes begriffen hat. In gewaltigen Scharen muß das revolutionäre Proletariat Deutschlands diesen Tag zu einer ausdrucksvollen Kundgebung einheitlichen Fühlens, Wollens und Handelns des gesamten Proletariats der ganzen Welt gestalten.

Die Wahrheit über die „Blutjustiz" in Ungarn.

Der „Vorwärts" brachte am 6. Juli eine Notiz über angebliche entsetzliche Bluturteile des ungarischen Revolutionstribunals in Budapest, durch welches täglich 70—80 Menschen zum Tode durch den Strang verurteilt worden sein sollten. Das Blatt faselte dann weiter davon, daß diese Urteile mit Maschinengeschwindigkeit zustande gekommen seien, und wirft den unabhängigen Blättern vor, daß sie solchen Vorgängen gegenüber kein Wort der Mißbilligung fänden. Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts" für diese Schauergeschichten die Quelle unterschlägt, aus denen ihm diese Mitteilungen zugekommen sind.

Jedes einzelne Wort in dieser Notiz ist schamlose Lüge. Angefangen von der Meldung, daß die unabhängigen Blätter solche Vorgänge nicht mißbilligten. Wir haben im Gegenteil vom ersten Augenblicke an niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine solche Blutjustiz, wenn sie sich tatsächlich ereignet hätte, aufs schärfste mißbilligen würden. Alle Meldungen aus Budapest, die nunmehr eintreffen, zeigen jedoch, daß an der ganzen Geschichte auch kein einziges wahres Wort ist. Wie der „Pester Lloyd" vom 9. Juli meldet, sind im ganzen von sämtlichen wegen gegenrevolutionärer Verbrechen angeklagten Personen nur elf zum Tode verurteilt worden, und auch diese nicht zum Tode durch den Strang, sondern zum Tode durch Erschießen. Der „Pester Lloyd" hebt hierbei ausdrücklich hervor, daß die Verhandlungen länger als zwei Wochen gedauert haben, so daß die Phrase des „Vorwärts" von der Maschinengeschwindigkeit, mit der ungarische Revolutionsgerichte urteilten, nicht anders als ganz infame, heuchlerische Lüge bezeichnet werden muß.

Wie nun die „Wiener Arbeiter-Zeitung" vom 13. Juli mitteilt, sind aber all diese Todesurteile überhaupt nicht vollstreckt worden. Die ungarische Sowjetregierung hat offenbar eingesehen, daß sie sich an den Grundsätzen des Sozialismus schwer versündigt hat, als sie gegen politische Gegner die Todesstrafe verhängte. Sie hat infolgedessen folgenden Ausweg gefunden, um die Todesstrafen nicht vollstrecken zu brauchen. Der regierende Rat von Budapest erließ eine Bekanntmachung, nach der eine durch das Standgericht ausgesprochene Todesstrafe, die nicht innerhalb 48 Stunden nach der Verkündung des Urteils vollstreckt ist, später nicht mehr vollstreckt werden kann, sondern sich von selber in die Strafe des lebenslänglichen Freiheitsverlustes umwandelt. Auf diese Weise hat die ungarische Regierung die Vollstreckung der Todesstrafe zu verhindern gewußt.

Mit Recht kann daher das Budapester revolutionäre Arbeiterblatt „Nepszava" vom 29. Juni sich rühmen, daß die ungarische Revolution fast ganz ohne Blutvergießen zu den gewaltigen Erfolgen geführt hat. So schreibt das Blatt:

„Wir können stolz mit erhobenem Haupte dem Proletariat und der hypokritischen Bourgeoisie der ganzen Welt zurufen: wir wollen kein Blutvergießen. Das ungarische Proletariat hat als erstes seine Revolution ohne einen Tropfen Blut ausgekämpft. Während dieser drei Monate war die gesamte Gewalt in den Händen des arbeitenden Volkes, und während wir gesehen haben, wie unmenschlich die weiße Gegenrevolution dort alles niedertreten hat, wo sie vorübergehend zur Macht gelangte, so ist dort, wo die Gewalt in den Händen des Proletariats war, es niemals vorgekommen, daß die Arbeiterschaft sich die Hände mit Blut besudelt hätte."

Diese Worte stellen keine leeren Phrasen einer etwa parteipolitisch inspirierten Presse dar, sondern sie sind lautere Wahrheit. Das zeigt uns ein im Schweizer „Volksrecht" vom 12. Juli veröffentlichter Brief, den der berühmte Schweizer Gelehrte, Professor Forel, aus Budapest von einem Freunde, einem dortigen Arzte, erhalten hat, für dessen absolute Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit Professor Forel sich verbürgt. In diesem Briefe heißt es:

„Die Bourgeoisie wurde entthront, ihre Rechte vernichtet und ihr Vermögen eingezogen. Diese Ereignisse haben sich so plötzlich abgespielt, daß sozusagen kein Blut dabei geflossen ist. Nur einige Plünderer und Diebe mußten hingerichtet werden."

Und weiter heißt es in dem Briefe:

„Ordnung und Ruhe herrschen jetzt bei uns, die produktive Arbeit hat begonnen, obgleich uns noch sehr viele notwendige Produktionsmittel fehlen."

Und zum Schlusse:

„Die Diktatur des Proletariats ist nur ein Uebergangsstadium zum Sozialismus und zum Kommunismus, die einzig die Menschheit erneuern können."

Wir können nach alledem feststellen, daß die ungarische Räteregierung und das ungarische Proletariat von den ehernen Grundsätzen des Sozialismus nicht abgewichen sind. Mögen sie durch die Gewalt der Ereignisse einen Augenblick schwankend geworden sein, so haben sie schnell wieder den rechten Weg gefunden. Und während die deutschen Rechtssozialisten unter Billigung und Befürwortung des „Vorwärts" die Ziele des Sozialismus und des Proletariats verraten haben, hat die ungarische Räterepublik, die jetzt von eben diesem „Vorwärts" mit lügnerischem Schmutze beworfen wird, jene Ziele in Ehren hochgehalten.

Einfalt.

In der „Roten Fahne" werden Richard Müller und ich des Verrats — darunter tut's man bei Kommunisten nicht — beschuldigt. Wir sollen diesen auf dem Gewerkschaftskongreß begangen haben. Die Notiz gegen mich ist ein so hübsches Beispiel kommunistischer Polemik, daß sie der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden soll. Sie lautet:

„Für die Vertagung der Sozialisierung hat sich auch der Unabhängige Hilferding ausgesprochen. Er führte vor dem Gewerkschaftskongreß aus: „Jede Unterbrechung der Produktion würde für breite Schichten bereits den Hungertod bedeuten. In der gegenwärtigen schwierigen Lage müssen wir offen sagen, daß die Sozialisierung keine sofortige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bedeutet". Mit Genugtuung konstatiert der „Vorwärts" diesen skandalösen Verrat der proletarischen Interessen durch die unabhängigen Führer. Man rückt die Sozialisierungsfrage in den Vordergrund, um die Ziele der Diktatur des Proletariats, die politische Entrechtung des Bürgertums und die Uebernahme der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse zu verschleiern und in den Hintergrund zu schieben."

Ich habe also Verrat begangen, weil ich die Sozialisierungsfrage in den Vordergrund gerückt habe. Und wie habe ich das getan? Indem ich mich für die Vertagung der Sozialisierung ausgesprochen habe. Die Entdeckung, daß man eine Sache in den Vordergrund rückt dadurch, daß man ihre Vertagung verlangt, ist wirklich originell, und wie jede Originalleistung, die man bei Kommunisten findet, einigermaßen überraschend. In Wirklichkeit habe ich natürlich genau das Gegenteil ausgeführt, indem ich erklärte, daß die Voraussetzung für die Sozialisierung die Eroberung der politischen Macht ist und des weiteren ausführte, daß die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung schon im November notwendig und möglich gewesen wäre usw.

Aber eine weitere Polemik würde dem heiteren Eindruck des Angriffs Eintrag tun und das wäre unverzeihlich. R. H.

Bevorstehender Rücktritt Haenischs?

Wie das „Berliner Tageblatt" aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat das Schulkompromiß bei den Parteien der Linken die größte Befürchtung hervorgerufen. Da bei der endgültigen Abstimmung nur 60 Mitglieder der rechtssozialistischen Fraktion anwesend gewesen seien, und von diesen 60 auch nur 35 für das Kompromiß gestimmt hätten, habe man noch die Hoffnung, daß die dritte Lesung ein anderes Ergebnis habe. Sollte diese Hoffnung nicht erfüllt werden, so würde der Kultusminister Haenisch zurücktreten, da er dann keinerlei Möglichkeit sähe, in Preußen noch eine ersprießliche Schul- und Kirchenpolitik zu treiben.

Zur Ermordung des französischen Sergeanten in Berlin.

Von einer Berliner Korrespondenz wurde gestern eine angeblich weitere Aufklärung in dieser Angelegenheit verbreitet. Danach habe sich bei der Berliner Kriminalpolizei eine Dame gemeldet, die infolge ihrer französischen Sprachkenntnisse gehört haben will, wie einer der beiden französischen Soldaten zu einem Mädchen auf der Friedrichstraße sale cochon (dreckiges Schweinsau) gesagt habe. Dasselbe habe auch ein Mann gehört, mit dem sie sich noch darüber unterhalten hatte. Dieser Mann würde jetzt von der Kriminalpolizei gesucht. Des weiteren würde ein Kriegsinvalide gesucht, der die in „angeregter Stimmung" aus einem Vergnügungslokale kommenden Soldaten auf die beiden Franzosen mit dem Hinweise aufmerksam gemacht habe, daß diese sich herausfordernd benommen und über ihn lustig gemacht hätten. Darauf hätten die Soldaten den einen Franzosen in das Gesicht geschlagen, und dies sei die Ursache zu der Verfolgung der beiden Franzosen und der Ermordung des Sergeanten Manheim gewesen.

Zunächst ist es recht merkwürdig, daß sich die Dame, die eine derart wichtige Aussage zu machen hat, sich erst jetzt gemeldet hat, nachdem bereits mehrere Tage seit dem Vorfall verflossen und die Spuren selbstverständlich nur noch sehr schwer zu verfolgen sind. Des weiteren ist es recht auffallend, daß alle diese die Franzosen belastenden Zeugen, so der Mann, der mit der Dame gesprochen haben soll, ferner der angebliche Kriegsinvalide, sich noch immer nicht gemeldet haben. Und das sonderbarste ist, daß das Mädchen, das von den Franzosen belästigt sein soll und die doch am besten darüber Bescheid wissen muß, überhaupt nicht aufzufinden ist.

Demgegenüber muß von neuem darauf hingewiesen werden, daß die Zeugen, die den deutschen Soldaten die Schuld an dem Vorfall geben, auch wirklich vorhanden und aufzufinden waren, wie wir bereits gemeldet hatten, und daß sich deren Aussage vollkommen mit der des Kameraden des ermordeten Franzosen deckt. Man darf gespannt sein, welche Aufklärung die „findige" Berliner Kriminalpolizei schaffen wird.

Die Leiche des ermordeten Sergeanten wird auf Anordnung der Waffenstillstandskommission auf Kosten des deutschen Staates nach Paris überführt werden.

Die Pariser Abendblätter beschäftigen sich sämtlich mit dem Fall Manheim. Sie sagen einmütig, daß die alldeutschen Blätter seit Wochen nicht aufgehört hätten, gegen jede Wahrheit fortgesetzt zu behaupten die französischen Militärs in Berlin hätten eine aufreizende Haltung eingenommen. „Temps" behauptet, einzelne deutsche militärische Chefs hätten aggressive Reden gegen die Franzosen gehalten, und es sei leicht vorauszusehen gewesen, daß diese Aufreizungen schließlich zu Blutvergießen hätten führen müssen. „L'Intransigeant" sagt, es sei notwendig, daß die Regierung das deutsche Volk davon beständige, da, im Falle sich derartige Vorfälle wiederholten, das ganze Land für das Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werde. Nach der „Liberte" habe man es mit einem alldeutschen Verbrechen zu tun. Die Ermordung Paul Manheims sei die logische Folge anderer unbestraft gebliebener deutscher Missetaten wie der Versenkung der Flotte bei Scapa Flow und der Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin.

Kein Reichskommissar gegen den Bolschewismus. Die Nachricht, daß ein Freiherr von Reidenstein zum Reichskommissar in Köln ernannt worden sei, ist nach W. T. B. frei erfunden.

Die Landarbeiterbewegung.

Auf Kommando rechtsum!

Bis Dienstag abend stand es für die ganze bürgerliche und die rechtssozialistische Presse fest, daß hinter den Landarbeiterstreiks kommunistische und unabhängige Hetzer ständen. Am Mittwoch morgen war diese Behauptung in den Hintergrund gedrängt worden von offiziösen Darstellungen, die als Ursache der Bewegung des ländlichen Proletariats den Widerstand des agrarischen Unternehmertums gegen die Aufbesserung der Lage der Landarbeiter angaben. In der gestrigen Abendpresse wird endlich einhellig die Auffassung vertreten, daß nicht die Arbeiter, sondern die landwirtschaftlichen Unternehmer schuld daran sind, daß es zu Streiks gekommen ist. Nur ein Blatt macht eine Ausnahme von diesem Stimmungsumschwung, das ist die „Deutsche Tageszeitung". Das Hauptorgan der Agrarier teilt unter der Ueberschrift: „Fälschung der öffentlichen Meinung" mit, daß die Regierung in der gestrigen Pressekonferenz an die Vertreter der deutschen Presse auf Grund tendenziös entstellter Darlegungen über die Entstehungsgeschichte der Landarbeiterstreiks offiziell das Ersuchen habe richten lassen, die Front gegen die Unternehmer zu nehmen. Es stehe dahin, meint das Blatt, wie weit die Presse diesem Ansinnen, auf eigenes Urteil und Objektivität zu verzichten, entsprechen werde. Die „Deutsche Tageszeitung" hätte ihre Geschwister besser kennen und nicht diesen Vorbehalt machen müssen. Es muß festgestellt werden, daß die ganze nichtagrarische Presse auf das offiziöse Kommando eingeschwenkt ist, und wie sie zuerst gegen die Arbeiter gehetzt hat, jetzt den Unternehmern die Schuld an der Bewegung zuschiebt.

So erfreulich es ist, daß die Regierung den Lügenfeldzug abgesagt hat und jetzt mit einiger Objektivität an diese Dinge herantritt, so bleibt es eine Schmach und eine Schande für die gesamte deutsche Presse mit Einschluß der rechtssozialistischen Organe, wie sie zuerst mit den Interessen der sozial mit am tiefsten stehenden proletarischen Schicht der Landarbeiter Schindluder getrieben hat. Es ist ein Zeichen von Gesinnungslumperei der deutschen Presse, wie man sich sie ärger nicht vorstellen kann. Noch am Dienstag morgen hat der „Vorwärts" behauptet, daß nach Meldungen, die seit Wochen bei dem Blatte eingelaufen seien, es feststehe, daß politische Agenten der linksradikalen Kreise unter der Landarbeiterschaft politische Unruhen schaffen wollten. Noch schlimmer hat es freilich Herr Ernst Heilmann getrieben, dessen Korrespondenz nicht nur von der rechtssozialistischen Provinzpresse, sondern auch vom „Vorwärts" benutzt wird. Dieser Mann behauptete, daß Unabhängige und Kommunisten immer neue Gruppen von Arbeitern in lebenswichtigen Betrieben in den Streik trieben, erst die Bergarbeiter, dann die Verkehrsarbeiter und jetzt der Landarbeiter. Dann schrieb er:

Lohnforderungen bieten den bequemen Anknüpfungspunkt. Alle wirtschaftlichen Verhältnisse sind im Fluß, der Lohn ändert von Tag zu Tag seinen Wert. Wenn die Landarbeiter in Hinterpommern nach dem abgeschlossenen Tarifvertrag für jede Stunde über den Achtstundentag hinaus 1,20 M. Stundenlohn erhalten, so müssen die Lebensmittel gewaltig im Preise steigen. Daran kann keine Macht der Erde etwas ändern, wenn auch die Demagogie noch so sehr dagegen tobt. Die erhöhten Lebensmittelpreise geben die beste Begründung für erneute Lohnforderungen in der Stadt, und das städtische Beispiel spornt die Landarbeiter zu neuem Vorgehen an. Gewinnen tut bei diesen Lohnkämpfen und Steigerungen kein Mensch. Das letzte Bild sieht bloß das Land gegen die Stadt und die Stadt gegen das Land streiken. Die deutsche Wirtschaft kommt dabei immer mehr herunter.

Dieser Patron hat während des Krieges die deutschen Arbeiter gegen die Arbeiter des Auslandes gehetzt. Da ihm die militärische Niederlage Deutschlands das Konzept verdorben hat, übt er sich jetzt darin, die deutsche Arbeiterschaft untereinander zu verhetzen und so die Geschäfte des kapitalistischen Bürgertums zu besorgen. Gegen die Agrarier, die aus der Ausbeutung der Landarbeiter und der Auswucherung der städtischen Konsumenten ungeheuerliche Profite erzielen und sehr wohl in der Lage sind, die Lebensverhältnisse des ländlichen Proletariats aufzubessern, wagt er nichts zu unternehmen; dagegen schmäht er die Landarbeiter, reißt er über ihre berechtigten Forderungen seine hämischen Glossen.

Doch verlassen wir diesen ekelriechenden Pressesumpf und freuen wir uns, daß die Regierung in diesem Falle einzusehen beginnt, daß Belagerungszustand und Militärgewalt die ungeeignetsten Mittel sind, um Arbeiterbewegungen zu unterdrücken. Es wird mitgeteilt, daß der preußische Landwirtschaftsminister Braun den Reichspräsidenten gebeten habe, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern anzuordnen. Er sei der Meinung, daß erst die Erklärung des Belagerungszustandes die jetzige Entwicklung des Streiks verursacht habe, und daß sich auf gütlichem Wege schneller eine Einigung hätte erzielen lassen. Im übrigen wird über die Bewegung in Pommern offiziös folgende Darstellung gegeben:

Der Belagerungszustand ist ohne die Genehmigung der Berliner Stellen von dem Armeekommando II einzig und allein auf den Wunsch des Regierungspräsidenten verhängt worden, so daß man hier völlig durch diese Maßnahme überrascht wurde. Der Streik in Pommern ist ausschließlich auf die Weigerung der Arbeitgeber zurückzuführen, das den Arbeitern gesetzlich zustehende Koalitionsrecht anzuerkennen. Die Bildung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ist von den Grundbesitzern hintertrieben worden, so daß ein auf gegenseitiger Vereinbarung beruhender Tarifvertrag nicht zustande kommen konnte.

Der Landbund, der die pommerschen Grundbesitzer umfaßt, erklärte den Arbeitern, er werde von sich aus einen Tarif aufstellen, der dann für die Arbeiter bindend sein sollte. Auch die für eventuelle Streitigkeiten zu bildenden Schlichtungsausschüsse sollten nach Absicht des Landbundes nicht aus Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber zusammengesetzt, sondern ebenfalls einseitig von ihm bestellt werden. Diese Stellungnahme des Landbundes hatte zur Folge, daß es auf etwa 60 Gütern zu Streiks kam. Man hoffte, die Arbeitgeber zum Aufgeben ihres völlig ungerechtfertigten Standpunktes bewegen und damit den Streik beilegen zu können, als die Erklärung des Belagerungszustandes eine völlig neue Lage schuf.

Die Streikenden werden dadurch ganz unnötigerweise verbittert, da sie glaubten, die Regierung werde sie bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen nicht unterstützen, und die bis dahin arbeitenden Teile der Landwirtschaft sowie die Industriearbeiter schlossen sich aus dem gleichen Grunde der Streikbewegung an.

Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß der Belagerungszustand in Pommern, wie ja auch in zahllosen ähnlichen Fällen vorher, auf ganz ungesetzliche Weise verhängt worden ist. Wenn man sich den Standpunkt der Regierungsjuristen zu eigen macht, daß die Bestimmungen der alten Reichsverfassung über den Belagerungszustand noch weiter zu Recht bestehen, auch dann kann diese Maßregel niemals von einem Militärbefehlshaber, sondern allein nur von dem Reichspräsidenten, auf den die früheren Befugnisse des Kaisers übergegangen sind, angeordnet werden. Was aber schert man sich jetzt um Gesetz und Recht? Die Macht allein ist entscheidend, und da der kommandierende General in Stettin genug Truppen hinter sich hatte, so verfügte er eben auf eigene Faust den Belagerungszustand.

Doch noch militärische Gewalt!

Berlin, 16. Juli.

Die „Vossische Zeitung" erfährt, daß das Reichswehrgruppenkommando I in Berlin an sämtliche unterstellten Generalkommandos und Reichswehrbrigaden einen Befehl herausgegeben hat, der sie anweist, die arbeitswilligen Landarbeiter mit allen militärischen Kräften zu schützen und alle entbehrlichen Kräfte der Brigaden für die Durchführung der Ernte und deren Hereinbringung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Anordnungen getroffen worden, um einer verhetzenden Agitation unter den Landarbeitern zu begegnen.

Greifswald, 16. Juli.

W.T.B. teilt mit: Der Landarbeiterstreik im Landkreise Franzburg ist im Rückgang begriffen, da das Militär, das die Güter besetzt hält, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhält. Die Wiederaufnahme der Arbeit war dringend geboten, da die Rübsenernte in Gefahr geriet, völlig zu verderben. Gefahr besteht auch für Wintergerste und Zuckerrüben. Von dem auf den Gütern eingerichteten Ausschuß des Landarbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald weiter transportiert.

Entsendung einer Untersuchungskommission.

Berlin, 16. Juli.

Die Preußische Staatsregierung hat soeben beschlossen, die Unterstaatssekretäre Dr. Meyer vom Ministerium des Innern und Krorzinski vom Kriegsministerium über Stettin nach Stralsund als Kommissare mit weitgehendsten Vollmachten sofort zu senden, um an Ort und Stelle in Stralsund die Ursachen des Landarbeiterstreiks zu prüfen und möglichst Abhilfe zu schaffen. Nach Prüfung der Verhältnisse sind die Kommissare in die Lage versetzt worden, den Belagerungszustand über Stralsund evtl. aufzuheben und den Arbeitszwang zu beseitigen.

Neue Verhandlungen.

Stralsund, 16. Juli.

In dem Landarbeiterstreik haben heute vormittag neue Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und dem Pommerschen Landbund begonnen.

Streik der Eisenbahner in Stettin.

Stettin, 16. Juli.

In einer heute abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Stettin, wurde beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen und einen Aktionsausschuß einzusetzen, der das nötige veranlassen soll. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte fortgeführt werden, dagegen soll der Güter- und Personenverkehr aufhören.

Bürgerstreiks.

Stettin, 16. Juli.

Der Präsident des Reichsbürgerrats Dr. Wessel hat aus Anlaß des Generalstreiks in Stettin an den hiesigen Bürgerrat eine Drahtung gerichtet, in der der Reichsbürgerrat den bürgerlichen Abwehrstreik mit Genugtuung begrüßt. Jeder Streik sei jetzt Verrat am Vaterlande. Ihm gelte es mit allen und den gleichen Mitteln zu begegnen, wie sie von der Gegenseite angewendet würden. Zähem Willen werde der Sieg zuteil werden.

Stralsund, 16. Juli.

Heute mittag 12 Uhr ist die Bürgerschaft in den Abwehrstreik eingetreten. Sämtliche Geschäfte und Bureaus wurden geschlossen.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes in Posen.

Die in der Presse bereits gemeldete Aufhebung des Belagerungszustandes in der Provinz Posen durch die Polen wird nach den „P. P. N." durch folgenden Funkspruch vom 13. d. M. bestätigt:

An Alle! Der Teil Posens, der durch die stürmische Erhebung unserer tatkräftigen Bevölkerung wiedergewonnen worden ist, war bis jetzt bedroht durch den inneren Feind und durch die deutsche Armee, die sich langsam an unseren Grenzen versammelt hat.

Die Ratifikation des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung hat gezeigt, daß sie sich den Bedingungen der siegreichen Entente unterwirft. Die Aufregung der Bevölkerung verschwindet mehr und mehr. Deshalb ist der polnische Oberste Rat in der glücklichen Lage, den am 5. Juni verhängten Belagerungszustand wieder aufzuheben.

Er bleibt nur für eine bestimmte Zone längs der Demarkationslinie bestehen, und zwar nur aus militärischen Gründen, da die deutschen Truppen bis jetzt ihre feindselige Haltung nicht eingestellt haben.

Die Polen, auf die von den deutschen Nationalisten wegen ihrer angeblichen kulturellen und politischen Rückständigkeit nur mit Verachtung hinabgesehen wird, heben den Belagerungszustand auf. In Deutschland dagegen wird der Belagerungszustand über immer neue Gebiete verhängt.

Lockspitzel an der Arbeit.

Die Leipziger Arbeiterbewegung wird gegenwärtig stark von Spitzeln heimgesucht. Ein günstiger Wind hat der „Leipziger Volkszeitung" den Bericht eines solchen Lockspitzels auf den Tisch geweht. Es heißt darin u. a.:

Zeitfreiwilliges Regiment Leipzig 1007. U.S.P. Sonnabend, 5. 7. 19. Funktionärversammlung vom 4. 7. 19 im Volkshaus. Versammeln sich alle Bezirksleiter und je ein Obmann des Funktionsausschusses, desgleichen Genosse Rehfeld, Obmann der Waffenkommission, insgesamt 88 Mann. Versammlungsleiter Kresse. 8.30 erscheint Genosse Dörsch (Ungar). Kresse teilt mit, daß der eingegangene Plan über Bezirksstärke und Verteilung vorliegt. Es wird dann die Stärke der verschiedenen Bezirke angegeben und summiert, daß insgesamt 16 537 Mann sich für den Fall einer Waffenaktion zur Verfügung stellen. Rechne man dazu noch von der Kommunistischen Partei 5000, so erhöht sich die Zahl der Streiter auf rund 22 000 Mann. An Waffen seien 11 000 Gewehre, 21 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer vorhanden. Es fehlt also eine große Zahl von Waffen. Das dürfe jedoch niemanden abhalten, im geeigneten Moment zur Stelle zu sein. Weiter hat Rehfeld aus diesem Bericht eine Uebersicht über die Munition gegeben. Für das Gewehr fänden 18 Patronen in Frage, für die Maschinengewehre je zwei volle Gurte, für die Minenwerfer 26 Wurfminen. Weiter soll Dörsch einen Bericht über die ungarische Räterepublik gegeben haben. In Leipzig müsse sich der Hauptstützpunkt befinden. Er sei der Ueberzeugung, daß die ganzen europäischen Staaten ihre Augen nur auf Leipzig richten.

Ein anderer Bericht, ebenfalls an das Zeitfreiwilligenregiment in Leipzig vom 7. 7. 19 lautend, betrifft die Kommunisten. Danach soll Schirmer einem G. mitgeteilt haben, daß die K. P. D. die Waffen erhält. Rathaus und Bahnhof werden zuerst von K. P. D. besetzt. Schirmer ist persönlich gegen Plünderung und Bewaffnung. Geld 800 000 M. und Flugblätter sind aus Mainz gekommen. Flugblätter werden gedruckt Stötteritzer Straße 4, Körnerstraße 4. Bei Borgmann befindet sich die Flugblätterniederlage. Schirmer rechnet ganz bestimmt mit 15. 7. als Beginn des Generalstreiks. Geschäftsführer Kittel vom Bürgerausschuß ist mit auf die Geselliste gesetzt worden. Major Völke hat sich der K. P. D. verpflichtet, militärische Leistungen im Falle einer Aktion zu übernehmen.

Soweit die Dokumente.

Die Angaben der Berichte sind so dumm, daß selbst der Leichtgläubigste das ganze als Lügenbeutelei erkennen muß. Die Leipziger Arbeiterschaft weiß genau, daß das Schwergewicht der Arbeiterbewegung in wirtschaftlichen Aktionen liegt, gegen die alle bewaffnete Macht ohnmächtig ist. Daher lehnt sie auch jede Revolutionsspielerei, wie sie von den Lockspitzeln berichtet wird, grundsätzlich ab. Aber diese Art der Spitzelberichte hat ihre Folgen. Gestützt darauf sind militärische Sicherheitsmaßregeln getroffen. Leipzig ist von einem Gürtel von Nosketruppen umgeben. Die Truppen haben Anweisung, sich beim Aufsteigen von roten Lichtsignalen nach Leipzig in Marsch zu setzen; sie sollen in zwei Stunden in Leipzig sein. Die Leipziger Grenzjägertruppen sollen von preußischen Truppen abgelöst werden. Die Angaben des Lügenberichts haben dazu geführt, daß neue Haussuchungen geplant sind.

Aufruhrprozesse im Ruhrgebiet.

Am 17. Juli beginnt vor dem Schwurgericht in Essen eine Reihe von Prozessen, die aus Anlaß der Kämpfe im Ruhrgebiet entstanden sind.

Es kommt zunächst zur Verhandlung die Strafsache Kaldenberg und Genossen, in der gegen 22 Angeklagte wegen Landfriedensbruch und Aufruhrs als Rädelsführer verhandelt wird. Dieser Sache werden etwa weitere zehn Strafkammerverhandlungen größeren Umfanges folgen, die aus technischen Gründen von der ersten Sache abgetrennt sind. Das öffentliche Interesse wird sich naturgemäß gerade auf den ersten Schwurgerichtsprozeß konzentrieren, der eine überragende Bedeutung einnimmt. Die Verhandlungsdauer ist auf zwei Wochen vorgesehen.

Der Prozeß behandelt in seinem Kernpunkt die Erstürmung des Rathauses in Borbeck bei Essen, bei der größere Ausschreitungen vorgekommen sind und elf Polizeibeamte in wehrlosem Zustande ermordet worden sein sollen. Die Bewegung im Ruhrgebiet im Januar und Februar, die die Sozialisierung des Bergbaues zum Ziel hatte, die von der Regierung hintertrieben und nach Androhung des Generalstreiks mit militärischen Machtmitteln niedergeworfen worden ist, bildet den Hintergrund für die Verhandlungen. Wir werden über sie berichten.

Hochverratsprozesse und kein Ende.

Wie aus Augsburg berichtet wird, fand dort am Dienstag ein Prozeß gegen den Kaufmann Olschewsky wegen Hochverrates statt. Olschewsky war einer der tatkräftigsten Leiter bei der Ausrufung der Augsburger Räterepublik im vergangenen April und hatte die sogenannte Augsburger Rote Schutzgarde geschaffen. Das Gericht nahm wegen seiner vorzüglichen Haltung im Felde mildernde Umstände an und verurteilte den Angeklagten zu sieben Jahren Festungshaft, während der Staatsanwalt lebenslängliche Festungshaft (!) beantragt hatte.

Aus aller Welt.

Große Waldbrände in Frankreich.

Toulon, 16. Juli (Havas).

Waldbrände in der Nähe von Vormes, die eingedämmt schienen, sind wieder aufgeflammt. Es sind bereits große Waldstrecken zerstört, etwa [illegible] Hektar sollen eingeäschert sein. Das ganze Tal von [illegible] ist in Gefahr. Es wurden Truppen in die gefährdeten Gegenden gesandt. In Toulon wird ein Detachement zusammengestellt, um für die Löscharbeiten verwendet zu werden. Bis jetzt sind drei Soldaten bei den Löscharbeiten ums Leben gekommen.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 8 Uhr: Der heilige Zeitlin. Satire von Kosmus Weichand.

Direktion G. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
Leon Höflich und Ludwig Harten
8 Uhr: Lieselott von der Pfalz.

Berliner Theater
8 Uhr: Die tolle Komteß.

Deutsches Theater
Allabendlich 8 Uhr
Max Pallenberg in
„Auch ich war ein Jüngling . ." (Schwank).

Kammerspiele
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib und der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber und Max Wellmann als
Die Geisha.

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher.
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert in:
Die Rutschbahn.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
8 Uhr: Zum 101. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Die Frau des Spielers.

Trianon-Theater.
8 Uhr: Zum 307. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.

Rose-Theater
7½ Uhr: O schöne Zeit, o selige Zeit.
Gartenbühne:
5 Uhr: Konzert, Spezialitäten.

National-Theater
8 Uhr
Familie Hannemann

Theater a. Kottbusser Tor
Allabendlich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
ehem. Mitglieder Stettiner Sänger
Seidel, Roselli, Horst, Schubert, Rathke etc.
Humor. Spielpl.
Sommerpreise!
Blüthner-Konzert

Wintergarten
Täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9.
Neptuns Bummelfahrt
... **Ball.**
Varieté Anfang 4 Uhr.

Kennst du das Land, wo dicke Eichen stehen?
Hast du den kleinen Spreewald schon gesehen?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Ist
Manns Waldschloß in Schöneiche.
Tel.: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

Arbeiter-Eltern-Bund, Berlin
Sonntag, den 20. Juli 1919, 2½ Uhr
Kinder-Fest
auf dem Sportplatz des Turnvereins „Fichte", Alte Köpenicker Landstraße, Bahnhof Baumschulenweg.
Eintritt 60 Pf. — Kinder frei.
Mitwirk. d. Turnv. „Fichte".
Massenfreiübungen — Wettkämpfe — Turnerische Vorführungen — Humoristische Wettlaufe u. Preisverteilung — Kasperle — Kinderspiele.
Bei Regenwetter findet das Fest Sonntag, den 27. Juli statt. — Billets im Parteibüro des IV. Kreises, in den Konsumvereinen d. Ostens und an der Kasse.

Ziehung 19. Juli
Berliner Lotterie
Pestalozzi-Fröbelhaus
Gesamt- u. Hauptgew. M.
50 000
10 000
5 000
usw.
Lose 3.— Porto u. Liste 50 Pf. mehr.
10 L. m. Porto u. Liste 30 M.
Empf. u. vers. a. Nachnahme
Emil Haase & Co.,
Berlin 21, Bredowstr. 9
und in unseren Filialen.

Küchen
mit und ohne Anrichte
kauft man sehr billig
J. Pressmann,
NO., Linienstr. 10a.

Hämorrhoiden
20000 Erfolge mit
BOKASAL Topf 8 M
SAMARITER-APOTHEKE
BERLIN. 36 SW 68

Wir färben
gut! reell! billig! schnell!
In 3-5 Tagen
Radtke u. Grundmann, Berlin S. 14
Dresdener Straße 34-35. Luisenhof
Rickers

Günstiges Möbel-Angebot
Schlafzimmer M. 1213, 1500, 1650, 2900, 3250
Speisezimmer „ 964, 1375, 2340, 3060, 4045
Herrenzimmer „ 925, 2025, 3105, 4195, 4370
Farb. Küchen „ 585, 650, 885, 1225, 1550
Feder-Einheitszimmer M. 1620.—
Weisse ofenlackierte Schlafzimmer
Weisse ofenlackierte Töchterzimmer
Einzelne Möbel in grosser Auswahl
B. FEDER
Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbusser Damm 103
Westen: Charlb., Scharrenstr. 5

Bekanntmachung.

Betreffend 10. Fettverteilung vom 21. Juli bis 27. Juli 1919.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 10. Oktober 1916 und der §§ 17, 18, 30, 32, 35, 39 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 755) und den Anordnungen der Fettstelle Groß-Berlin vom 30. Dezember 1916 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten und über die Anmeldung des Speisefettbezugs wird für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:

1. Auf den Abschnitt E 10 der Einfuhr-Zusatzkarte entfallen

50 Gramm Margarine.

2. Der Kleinhandelspreis für 50 Gramm Margarine beträgt **28 Pfennig.**

3. Die Margarine ist in den zum Speisefettverkauf im Bezirke der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandelsgeschäften **gegen Abgabe der Abschnitte der Einfuhr-Zusatzkarte** unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in der Woche von **Montag, den 21. Juli, bis Sonntag, den 27. Juli** in Empfang zu nehmen. Die Margarine ist in dem Kleinhandelsgeschäfte in Empfang zu nehmen, in welchem der Verbraucher zum Speisefettbezuge eingetragen ist.

Urlauber und Schiffer erhalten die Margarine ebenfalls.

4. Die Kleinhändler haben die von ihnen für Margarine angenommenen Abschnitte, getrennt gebündelt, zusammen mit den Speisefettkartenabschnitten am Montag, den 28. Juli, an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.

5. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 35 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1916 (R. G. Bl. 755), sofern nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen verwirkt sind, bestraft.

Berlin, den 12. Juli 1919.

Fettstelle Groß-Berlin (Butter).
Wermuth.

Tgb.-Nr. 5460 Fbu.

Markenfreie Lebensmittel ohne Beschränkung an jeden Groß-Berliner Einwohner werden abgegeben:

Gedörrte bosnische Pflaumen, fleischig und süß	per Pfd.	[illegible]
Gemüse-Erbsen, belgische Ware	1 Dose	[illegible]
Sauerkohl	1 Pfd.	[illegible]
Speisesalz, Tafel- und Kochsalz	1 „	[illegible]
Stärke, ausländische, Marke Ereifser	1 „	[illegible]
Cichorien-Kaffee	1 „	[illegible]
Tee in 100-gr-Paketen	1 Paket	[illegible]
Bouillonwürfel	Stück	[illegible]
Lorbeerblätter	1 Pfd.	[illegible]
Knochenbrüheextrakt	1-Pfd.-Dose	[illegible]
Toilettenseife	Stück	[illegible]
Sultaninen	½ Pfd.	[illegible]

Gemeinde Berlin-Britz.
Verkaufsstelle Hannemannstraße.

Brauerei Königstadt
am Schönhauser Tor.
Am 1. Oktober 1919
Wiedereröffnung der gesamten in modernster Weise renovierten Säle und Ausschankräume
Säle von 100 bis 2000 Personen an Vereine zu vergeben.
Verbandskegelbahnen stehen zur Verfügung.
Gef. Saalbestellungen rechtzeitig erbeten.
Hans Liebing, Ökonom. Fernspr.: Amt Norden 6067.

Ballschmieders **Varieté-Garten** Badstrasse 16.
Weissenseer **Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 6-8.
Dir.: Gerh. Dassmann
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester
Eröffnung der Gärten: Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 2½ „
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 „
Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Freier Ruderbund Berlin.
Collegia :: Freiheit :: Vorwärts
Bundes-Regatta
Sonntag, 20. Juli, mittags 12 Uhr.
Start: Eisenbahnbrücke Treptow,
Ziel: Restaurant „Schwanenberg".
Nachmittags 4 Uhr:
Gartenfest
Konzert ab 1½ Uhr: Berliner Sinfonie-Orchester Maximilian Fischer.
Kinderspiele :: Tanz
Eintritt 0.99 M., Tanz 1.50 M.

Soeben erschien:
Geheimleben des Berliner Hofes.
Das Privatleben Kaiser Wilhelm II. und seiner Gemahlin.
Aus den Papieren einer Hofdame der Kaiserin.
212 Seiten, steif brosch. Preis M. 5.50 bei vorheriger Einsendung des Betrages, M. 6.— bei Nachnahme.
Aus dem Inhalt: Des Kaisers Reisekleiderschaft, Behandlung der Dienstboten. Sein Größenwahn. Seine Knickrigkeit. Kaiserliche Haushaltung. Tägliches Leben. Mittag im Neuen Palais. Seine Leidenschaft für Jagd. Geburt des Kaisers. Beziehungen zwischen Kaiser und Kaiserin usw.
Ferner: **Verboten gewesen!**
Ein Günstling des Kaisers
Nach Mitt. a. d. Akten d. Geh. Zivilkabinetts d. Kaisers
240 Seiten, steif brosch. Preis M. 3.50 bei vorheriger Einsendung des Betrages, M. 4.— bei Nachnahme.
Aus dem Inhalt: Wohlleben der kaiserlichen Familie im Kriege. Das ausgehungerte Volk. Die Kaiserin für den Frieden. Der Kronprinz und seine französischen Liebschaften während des Krieges. Dernburg, Harden und der Botschafter Gerard. Eine ausgeschlagene Friedensbotschaft Mr. Fords usw.
Nur schriftl. Bestell. an **K. Putzer-Kalusch,** Berlin-Schöneberg 3, Apostel-Paulusstr. 24. v. II.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Strasse 117 (b. d. Lützowstrasse)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratisbroschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 10—2 mittags, ½5—½10 abends, Sonntags 10—1 Uhr (ins verschlossenen Brief Mk. 1.50).

TRAURINGE
DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von **M. 19,75** an.
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE
Goldwaren-Fabrik
Weinstock G. m. b. H., Berlin B.
Zentrale: Mohrenstr. 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstraße,
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke,
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, a. Bf. Charlottbg.
Achtung! Kein Laden. Geöffnet 9—6.

Möbel- wie andere **Versicherungen**
übernimmt zu ermäßigten Prämien bei sofortiger Erledigung
General-Agent Jolle, SO 16. Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 5, II.

Nicht in 6—8 Wochen
sondern in 3—5 Tagen werden alle Militär- und Zivilgarderoben, Stoffe, Leinen, Laken, Seide etc. in jeder Farbe licht- und farbecht gefärbt.
Trauersachen binnen 24 Stunden.
Schnellfärberei, chem. Reinigung, Kunststopferei
(Tel.: Amt) **Nord-West.** (Hansa 1078)
(Gaiz & Sieg)
Fabrik, Contor u. Hauptgeschäft Gotzkowskystr. 13
Annahmestellen werden noch vergeben.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen. Damen- und Herren-Abteilung.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** [illegible]

Heil-Anstalt „Löser"
Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9—1, 4—8.
Harn- u. Blutuntersuchg. Licht- u. Finsen-Behandl.

Hohe Belohnung
demjenigen, der mir die genaue Adresse verschafft:
1. Leutnant Brandy, während des Jahres 1917 in Köln bei der polit. Kriminalpolizei, bei Ausbruch der Revolution nach Berlin geflüchtet.
2. Oberleutnant Graf Hermann Metternich aus Holland, während des Jahres 1917 beim Paßamt in Brüssel.
Heinrich E. Klein, Zwingenberg (Hessen).

Zahnarzt Falkenstein
Wissenschaftlich anerkanntes Spezialverfahren für Anästhesie
(eigene bei Herzleidenden, Nervösen und sehr Sensiblen bewährte Betäubung)
Befestigung loser Zähne — Zähne ohne Platte — Fein-Goldkronen etc.
Ausbildung in der Zahntechnik (auch Damen).
Für Unbemittelte bzw. Kriegsbeteiligte findet zahnärztliche Poliklinik täglich 6—7 Uhr statt.
Honorar entspricht dem der Universitätsklinik.
Charlottenburg, nur Kantstr. 132, hochpart.
Telefon: Steinplatz 7396.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Pianos
vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, ... im großen Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise.
Max Becker,
Andreasstraße 47.

Salon-Harmonium
1275.—, mit eingebautem Spielapparat (auch ohne Notenkenntnisse spielbar) 1475.—, kleineres 650.—, gebrauchte Pianos billigst, verk. **Berger & Co.,** Oranienstr. 166, Privatverkauf 3. Etage.

Flügel, Klavier,
875.—, elegantes, schwarzes 1050.—, Nußbaumpiano 2600.—, Konzertpiano 2950.—, Bechstein, Duysen, Blüthner Stutzflügel 4800.—, eleganter kleiner 1950.—, Konzertflügel 2800.—, verkauft
Ernst, Oranienstr. 166, III.

Möbel-Rath
liefert komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Öfen. Teilzahlung gestattet. Oranienstr. 44, am Oranienburger Tor.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lackiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbel-Fabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Parteigenossen. Tischlerei gibt neue und gebrauchte Möbel billig ab. Choriner Str. 32.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meicke, Auguststraße 32a. Quergeb. parterre.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen, Metallbetten. Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Zinkwaschgefäße, Zober, Sitzwannen usw. Spezialfabrik Muskauer Str. 27 (Mariannenplatz). Lesern 10 Prozent.

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, Brunnenstraße 96. Nord. 5684.

Teppich- u. Gardinen-Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 15 (Rosenthaler Platz). Große Auswahl in Tüllbettdecken, Tisch- und Divandecken, Steppdecken, Stores, Portieren, Zuggardinen, Wanddekorationen, Bettvorlagen, Teppichen, Läuferstoffen und dergl. preiswert.

Nicht übersehen. Friedensware, solange vorrätig, verkaufe Tüllgardinen, Fenster von 40 M. an, ferner Künstlergardinen, Sonnengardinen, Halbstores, Langstores, Leinen-, Madras- und Plüschportieren, Tüllbettdecken, Walldecken, Divandecken, Tischdecken, Dekorationen, fast neue Teppiche, Brücken, Läuferstoffe, Steppdecken u. Daunendecken. **Fried's Gelegenheitskaufhaus,** Prinzenstr. 84, 2 Tr. (Moritzpl.).

Preiswert! Lokal mit Piano, Billard, verkauft Bredow, Choriner Str. 32.

Gut erhaltener Frack und Weste zu verkaufen (kleine Figur). Marienstr. 15 I links.

Schlosserei, Klempnerei zu verkauf. Neukölln, Weisestraße 13.

Ein Fahrrad z. verkaufen. Hennigsdorf, Berliner Str. 46, Laden.

Motorrad, 1½ PS., fahrbereit, 650 M., verkauft Annenstraße 48 (Keller).

Fahrräder. [illegible] mit Gummi 160 [illegible] verkauft Annenstr. [illegible]

Kleine Schlosserei, [illegible] leger-Rep.-Werkstatt [illegible] zeug bill. zu verk. [illegible]

Neue Küche, roh, [illegible] verkauf. „Bank, [illegible] straße 6, Quergeb. I.

Fahrrad zu verkauf. [illegible] ville, Schönwalder Str. [illegible]

Stuben- und [illegible] richtung mit [illegible] übernehmen. Neukölln, [illegible] Friedrich-Str. 7, v. II [illegible]

Moderne Kleiderschr., Vertikow, sowie Küchen[illegible] richtung, weiß, mit [illegible] billig. Georg Neumann, [illegible] kölln, Mainzer Straße [illegible] gang 3 III.

Anzug, neu, Friedens[illegible] Grösse 1.80 verkauft [illegible] Fischer, Lichtenberg, [illegible] seistrasse 3.

Möbel-Verkauf. [illegible] eichener Ausziehtisch, [illegible] Tisch, div. Stühle, Sofa, [illegible] Polstersessel, Gardinen, [illegible] hänge Treptow, [illegible] straße 9, vorn, part.

Gut erhaltener [illegible] wagen verkauft [illegible] Böttgerstr. 3.

Lebensmittelgeschäft, größeres, gute Laufgegend, Lage, schöne 2-Zimmer[wohnung], elektr. Beleuchtung, zu verkaufen. Auskunft: [illegible] Willmannstraße 26. [illegible] Moritzplatz 10626.

Rum hochprozentig, Liter-Flaschen hat abzugeben Gutsche, Schulstraße 1[illegible]

Motorrad. Wanderer-Sportsp[illegible] reifung zu verkaufen. [illegible] straße 47.

Motor- und **Fahrrad-schlosserei** [illegible] billig zu verkaufen. [illegible] straße 47.

Tiermarkt

Hundeverkauf! [illegible] ankauf. Zentral-[illegible] Prenzlauer Straße 14. [illegible] Alexander 2519.

Tauben, ständig [illegible] Auswahl, [illegible] Elbinger Str. 14.

Kaninchen. Zucht-, Schlacht-, Deckstation, [illegible] Herzucht, Elbinger Str. 14.

Box entlaufen, gelb mit schwarzen Streifen, auf den Namen **Box** hörend, mit Halsband und Marke. Gegen Belohnung abzugeben bei [illegible] Brunnenstraße 18.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Friedrichstr. 41 III, [illegible]

Pfandscheine, Wertsachen, Möbel, kauft und [illegible] **Noack,** Rastenburger Str. [illegible] Bahnhof Weißensee.

Haut- und Harn[arzt]
Dr. med. Hasche, [illegible]
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. [illegible]
Erfolgreiche Behandlung [illegible]

Parteigenossen!
Protestiert gegen das Noske-Verbot!
Abonniert
DIE FREIE WELT
Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.
PREIS 20 PFENNIG
VIERTELJAEHRLICH M. 2.50
Verbot aufgehoben!

Ernst Toller vor dem Standgericht.

Das Urteil: 5 Jahre Festungshaft.

München, 16. Juli 1919.

Nach den Verteidigern Anton Gänßler und Kaufmann sprach gestern in später Abendstunde noch der dritte Verteidiger, Rechtsanwalt und Abgeordneter Haase-Berlin. Dieser Fall dürfe nicht als ein gewöhnlicher Kriminalprozeß betrachtet werden. Die Persönlichkeit des Angeklagten sei eine ungewöhnliche. Sämtliche Strafrechtslehrer seien sich einig, daß Revolutionen rechtszerstörend wirken. Die Verordnungen der Volksbeauftragten vom November seien von allen Gerichten anerkannt worden. Aus persönlicher Erfahrung könne er bestätigen, daß die Volksbeauftragten eine Reihe wichtiger Gesetzesbestimmungen erlassen haben. Schon bei Eintritt des Waffenstillstandes war man sich im Kabinett einig, daß Belagerungszustand und Kriegszustand durch die Revolution ohne weiteres beseitigt seien. Bei dem Amnestieerlaß machte Bayern den Vorbehalt, daß es diese Sache durch eigene Gesetzgebung regeln wolle. Wenn Bayern aber gegen die Aufhebung des Kriegszustandes nicht Einspruch erhoben habe, so gehe daraus hervor, daß Bayern die Auffassung teilte, daß die Aufhebung für das ganze Reich gelte. **Es könne also daher das Standgericht auf Grund des Kriegszustandes nicht in rechtmäßiger Geltung sein.** Bei zwei Gelegenheiten habe das Kabinett sich mit der Aufhebung des Hochverratsparagraphen beschäftigt, das war bei dem Putsch der Soldaten gegen die A.- und S.-Räte in Berlin und bei der Verhaftung von Stinnes und Thyssen. Man war entsprechend der Auffassung Landsberg der Meinung, daß dieser Paragraph de facto beseitigt sei. Zwar habe diese Auffassung des Kabinetts für das Gericht keine autoritative Bedeutung, aber es müsse doch verlangt werden, daß das Gericht die Frage ernstlich prüfe. Im Falle Ledebour habe man in Uebereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt auch von der Erhebung der Anklage wegen Hochverrats abgesehen. Es herrsche in der Regierung die Auffassung, daß, sobald die Unruhen sich gelegt haben, zum Schutz des neuen Staatengebildes ein neues Strafgesetz notwendig sei. Das allgemeine Empfinden lehne sich dagegen auf, daß

jedermann ins Zuchthaus oder aufs Schaffot geschickt werde,

wegen Hochverrat gegen diejenigen, die selbst durch Hochverrat an die Regierung gekommen sind. Es sei ein Widerspruch in sich selbst, daß die Revolutionäre von gestern einen Hochverrat nicht gegen die Revolutionäre von heute einleiten können. Nach Beseitigung der Monarchie war auch die Bestimmung dieses Paragraphen, der nur zu ihrem Schutze aufgerichtet war, hinfällig. Falsch sei es, die Revolution als einmaligen Akt zu betrachten. Revolutionen seien Prozesse, die sich fortentwickeln. Es müsse abgewartet werden, welchen Fortgang die Entwickelung nehme, deshalb müsse man abwarten, bis sich die Verhältnisse konsolidiert haben, ehe man ein neues Recht zum Schutze des neuen Staatsbildes schaffe. Der Angeklagte Toller habe sich an den Vorbereitungen der Räterepublik nicht beteiligt, er habe dasselbe getan, was die höchsten Staatsträger im November taten, Hindenburg, Hintze, Groener, in dem sie sich auf den Boden der Tatsachen stellten. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, daß sich Toller auf dem Sozialistenkongreß in Bern als ein durchaus reifer Politiker erwiesen habe. Er habe sich eben seit 1917 entwickelt. Prof. Weber sei im Wahlkampfer derselbe Vorwurf, den er jetzt gegen Toller erhebe, daß „Gott ihn aus Strafe zum Politiker gemacht habe“, gemacht worden. Wenn irgends ein Zweifel bestehe, ob der Angeklagte innerlich durchdrungen war, gegen die rechtmäßige Regierung vorgegangen zu sein, dann müsse auch schon aus subjektiven Gründen Freisprechung erfolgen. Der Verteidiger führt dann an, daß außer namhaften deutschen Dichtern und Schriftstellern sich auch **Romain Rolland und ein Kongreß französischer Studenten**

für Toller ausgesprochen haben.

Es sei eine engherzige Auffassung, von einem Landfremden zu sprechen, wenn Toller aus einem anderen Gliedstaate gekommen sei, aber Herr Staatsanwalt vergessen, daß Toller sich als Kriegsfreiwilliger in Bayern gestellt und bei bayerischen Truppen gekämpft habe. Der Angeklagte würde eine solche Strafe, wie sie der Staatsanwalt beantragt habe, nicht verbüßen. Andere politische Zustände werden für Beseitigung derartiger Urteile sorgen.

Es wurde darauf in später Abendstunde die Verhandlung auf Mittwoch früh vertagt.

Nach kurzen Erwiderungen des Staatsanwalts und der Verteidiger erhielt der Angeklagte Ernst Toller heute vormittag **das letzte Wort.** Er hebt zunächst hervor, daß der Staatsanwalt mit Recht betont habe, daß er es von sich weise, für sich irgendwelche psychologische Momente zu seinen Gunsten gelten zu lassen. Nach der Bekundung des Sachverständigen Dr. Marcuse, der ihn fünf Monate in seinem Sanatorium in Ebenhausen zu beobachten Gelegenheit gehabt habe, steht fest, daß er weder eine psychopatische noch hysterische Persönlichkeit sei, die milder behandelt zu werden verdiente. Er beanspruche, daß das Gericht ihn

für alle seine Handlungen voll verantwortlich mache,

da er sie mit aller Ueberlegung begangen habe. Er würde sich nicht Revolutionär nennen, wenn er sagen wollte, daß er niemals Gewalt anzuwenden gedenke. Wenn die Zustände nicht mehr zu ertragen seien, dann hätten die Revolutionäre das Recht, sie umzustoßen. Von seinem Standpunkt aus könne man nicht verlangen, daß er von einem Standgericht Gnade erbitte. Man solle nicht glauben, daß man damit, daß man Standgerichte einsetze, daß man einige Führer ins Gefängnis werfe oder erschieße, **diese gewaltige Bewegung eindämmen könne, das wäre Unterschätzung der Massenbewegung und eine Ueberschätzung unserer Führer.** Das werktätige Volk wird nicht Halt machen, **bevor nicht die vollständige Sozialisierung,** die allein das Elend beseitigen kann, **durchgeführt ist.** Diese Bewegung wird nicht Halt machen vor dem Völkerbund von Versailles. An Stelle der heutigen Staaten wird eine Weltherrschaft erstehen, die aufrecht erhalten werden kann durch ein Minimum von Gewalt. Dieser Umwälzungsprozeß wird nicht niederzuhalten sein. Er sei überzeugt, daß das Gericht nach bestem Wissen und Gewissen sein Urteil sprechen werde, aber man müsse es ihm auch überlassen, von seinem Standpunkte aus das Urteil eines Standgerichts nicht als Urteil des Rechts, sondern als Urteil der Macht hinzunehmen.

Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Das Urteil.

München, 16. Juli.

Vom Standgericht München wurde nach dreitägiger Verhandlung der Student und Schriftsteller Ernst Toller aus Samotschin, Kreis Bromberg, wegen Verbrechens des Hochverrates unter Annahme von mildernden Umständen zur gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von 5 Jahren Festungshaft verurteilt. Eine ehrlose Gesinnung konnte bei dem Angeklagten nicht festgestellt werden, wohl aber mildernde Umstände, die auch strafmildernd wirkten.

Preußische Landesversammlung.

Vergewaltigung der Minderheiten.

In der gestrigen Sitzung wurde von dem Präsidenten Leinert vorgeschlagen, im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses und auf den Erholungsurlaub, der am 19. d. Mts. beginnen und bis zum 15. September dauern soll, die Redezeit einzuschränken. Die Fraktionsredner und Begründer der förmlichen Anfragen sollen höchstens eine Stunde, alle andern Redner höchstens eine Viertelstunde reden dürfen.

Hierüber entspann sich eine längere, sehr heftige Geschäftsordnungsdebatte. Gen. Ad. Hoffmann und Gen. Rosenfeld warnten vor dem bedenklichen Schritt. Der Vorschlag richte sich gegen die Grundrechte des Parlaments, gegen die oppositionellen Minderheiten, und könne nicht angenommen werden ohne Bruch der Geschäftsordnung. Ganz besonders liege eine Vergewaltigung jedoch darin, daß die Beschränkung der Redezeit eintreten solle, nachdem fast sämtliche Parteien zum Etat des Ministerium des Innern zu Wort gekommen seien und der Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie an die Reihe sei. Das Verhalten der Rechtssozialisten in dieser Frage vervollständige lediglich das Bild, das sie in der letzten Zeit geboten haben.

Die gutsitzenden Hiebe unserer Redner bewirkten, daß die Mehrheitsparteien einen Schritt zurückhüpften. Für die erste Lesung der Etatredner wollten sie die Beschränkung noch nicht eintreten lassen.

Das Warenhausgesetz, ein Ausnahmegesetz drückendster Art gegen die Konsumgenossenschaften wurde hierauf durch Beschluß dahin abgeändert, daß ihm fernerhin nur die Geschäfte unterliegen sollen, deren Umsatz zu weniger als 50 Proz. in Lebensmitteln besteht. Unsere Fraktion stimmte zu, legte aber unsere grundsätzliche ablehnende Haltung gegen jede derartige Besteuerung dar.

Neuwahl der Provinziallandtage.

Der Regierungsentwurf hierüber lag dem Hause zur zweiten und dritten Beratung vor. Da aber ferner ein Entwurf auf der Tagesordnung stand, der die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände zum Gegenstand hat, beantragte unsere Fraktion Zurückverweisung an den Gemeindeausschuß, damit das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Verhältniswahlrecht hineingearbeitet werden könne. Das wurde abgelehnt. Nicht einmal die Rechtssozialisten stimmten sämtlich dafür und die dafür stimmten, mußten erst durch Zuruf von uns ermuntert werden. **Einzelne Demokraten beschämten diese Sorte Sozial-Demokraten durch entschlossenes Eintreten für unseren Antrag.**

In der Besprechung des Gesetzentwurfs bat der Rechtssozialist Scholich, die indirekte Wahl und sonstigen Mängel ruhig zu schlucken. Demgegenüber vertrat unser Redner, Genosse Stoecker, den ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion. Er brandmarkte die Haltung der Scheinsozialisten, die nur die Geschäfte der Reaktion besorgen. Der Volkswille wird durch die indirekte Wahl gröblichst gefälscht. Die Rechtssozialisten werden die Quittung von den Arbeitermassen erhalten. Aber selbst wenn man von dem indirekten Wahlrecht absieht, bleibt das Gesetz reaktionär, weil alle die alten Bestimmungen übernommen sind, wodurch die größeren Kreise gegenüber den kleineren Landkreisen benachteiligt werden. Unser Abänderungsantrag ist leider im Ausschuß abgeändert worden.

Als Genosse Stoecker darauf näher eingehen wollte, trat die eingangs der Sitzung beschlossene Guillotine in Wirksamkeit. Dagegen protestierten unsere Genossen leider vergeblich, wobei es zu stürmischen Zusammenstößen namentlich mit den Scheinsozialisten kam.

Der Gesetzentwurf wurde gegen unsere Stimmen angenommen, die Neuwahlen sollen bis 1. September erfolgen.

Genosse Stoecker benutzte die dritte Lesung, seine Ausführungen zu beenden. Er ging mit der von den Scheinsozialisten und Scheindemokraten eifrig gehandhabten heuchlerischen Phrase von der Demokratie scharf ins Gericht. Er stellte unter Hinweis auf die erweiterten Kompetenzen, die den Provinzen eingeräumt werden sollen, erneut den Antrag auf Zurückweisung. Jetzt stimmte außer unseren Genossen niemand mehr dafür, das Zentrum gestattete den Scheinsozialisten nicht einmal mehr, den Schein zu wahren. Dann kam es zu einer Auseinandersetzung über die

Diktatur des Proletariats.

Von den Scheinsozialisten und Demokraten apostrophiert, wies Genosse Stoecker auf die grundlegenden Unterschiede zwischen der bürgerlichen kapitalistisch-militärischen Diktatur und der des Proletariats hin. Während jene von einer kleinen Minderheit im Interesse einer kleinen Minderheit auf alle Ewigkeit aufrecht erhalten werden sollte, ist unser Ziel, die Diktatur des Proletariats im Interesse der übergroßen Mehrheit des Volkes und nur solange auszuüben, bis die Klassenunterschiede beseitigt, der Sozialismus durchgeführt ist. Einen anderen Weg zum Sozialismus zu kommen, gibt es nicht.

Wieder trat Klein-Kröcher Leinert in Funktion und Gen. Stoecker blieb nur die Möglichkeit zu dem Weckruf: **Wir werden den Tag begrüßen, wo die deutsche Arbeiterschaft die Kraft finden wird, diese Versammlung auseinander zu jagen.**

Den weiteren Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände lehnte unsere Fraktion ab. Er ist, wie Gen. Stoecker nachwies, nur eingebracht, weil Zentrum Trumpf ist. Besonders bedenklich ist, daß die Provinziallandtage in der oben beschlossenen reaktionären Zusammensetzung die Schulautonomie übertragen bekommen sollen. Die Vorlage wurde einem besonderen Ausschuß überwiesen.

Schließlich gab es noch — zum dritten Male — eine Lobhudelungsdebatte. Die dementierten Seitensprünge des Rechtssozialisten Ulrich aus Hessen hatten dem Zentrum (!) als auch der Deutschen Volkspartei erwünschte Gelegenheit geboten, die Regierung darüber zu interpellieren. Nachdem man, wie das Zentrum, soviel Dreck am Stecken hat — man denke an die Rheinprovinz — macht es sich entschieden ganz gut, nach außen hin sich als Hüter der Einheit zu gebärden. Und das Zentrum versteht das Spiegelfechten. Es ging jetzt mit Hieb und Stich gegen die Rechtssozialisten vor, die sich wegen der Rheinrepublik neulich sittlich entrüstet hatten. Der Zentrumsredner schlug seinen rechtssozialistischen Blockbrüdern zum allgemeinen Gaudium des Hauses ihr Vorgehen von damals um die Ohren. Die Sozialdemokraten zappelten und zeterten. Das Zentrum jubelte. Ministerpräsident Hirsch gab die Erklärung ab, Herr Ulrich habe es gar nicht so bös gemeint und die Preußische Regierung habe sofort entschieden gegen den Schritt protestiert und ihn mißbilligt. Der Rechtssozialist Weber gab uns recht, die wir behaupteten, wer sich mit dem Zentrum einläßt, begibt sich in eine schwere Gefahr. Genosse Ludwig rückte das ganze Spiel ins rechte Licht. Er wies der rechten Seite des Hauses nach, wie sehr sie im Verlaufe der Geschichte Hoch- und Landesverrat getrieben haben. Die Richtigkeit seiner Ausführung bestätigte der Präsident Porsch durch zwei Ordnungsrufe und die Konservativen durch Flucht aus dem Saale. Unser Redner betonte zum Schluß den Willen zum Einheitsstaat und zur internationalen Solidarität.

Nächste Sitzung: Donnerstag mittag, 12 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

58. Sitzung. Mittwoch, den 16. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 9,55 Uhr.

Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird fortgesetzt; es liegt ein Antrag Auer (Soz.) und Genossen vor auf Einfügung eines Artikels 113a, der bestimmt:

die Todesstrafe ist abgeschafft.

Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag Agnes (U. Soz.) und Gen. zum Artikel 115 mit demselben Inhalt.

Abg. **Sinzheimer** (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freiheitlicher und religiöser Parteien ist. Der Einwand, sie nicht in der Verfassung niederzulegen, ist hinfällig, weil sie auch schon in der 1848er Verfassung aufgestellt war; der beliebte Einwand, die „Herren Mörder“ sollten mit der Abschaffung der Todesstrafe vorangehen, ist nichtsichhaltig, da es Aufgabe des Staates ist, die Mißachtung des Menschenlebens zu beseitigen.

Regierungskommissar Dr. **Preuß:** Ohne auf den materiellen Wert des Antrages einzugehen, bitte ich, den Artikel auf Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung aufzunehmen. Ueber die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts.

Abg. Dr. **Dueringer** (Dnat. Vp.): Die Verfassung ist nicht da für eine einzelne Partei, nicht für die Sozialdemokraten oder Demokraten, sondern für das deutsche Volk, und dessen überwiegende Mehrheit ist gegen den Antrag. Beifall rechts. Unruhe und Lärm links. Zuruf: Scharfrichter.)

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.): Der Antrag ist zweifellos von Idealismus eingegeben, aber Ort und Zeit für ihn sind nicht richtig gewählt. Nicht bloß Juristen, sondern auch erste Namen unseres geistigen Lebens halten die Todesstrafe für unentbehrlich, wenn ein Mensch nicht das Recht hat, einem anderen das Leben zu nehmen, so hat es doch der Staat zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit.

Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.): **Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine Kulturfrage allerersten Ranges. Die Einwendungen bewegten sich in den Geleisen der gewöhnlichen Diskussionen auf Juristentagen und in der Wissenschaft. Was wir beantragen, ist ein Teil der Buße, die das Volk sich auferlegen muß in einer anderen Wertschätzung des menschlichen Lebens; in höchstem Maße handelt es sich um eine moralische und politische Frage; wir wollen Abwehr der Gewalt, Abwehr des Mordes, Schutz von Menschenleben gegen die Todesstrafe.**

Abg. **Haußmann** (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen Anträge ablehnen; ich bin von jeher ein überzeugter Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe und werde es bleiben. Sie ist eine Kulturfrage, gehört aber nicht in die Verfassung, die nur die Grundlage für den Staat bildet, der dann an die Lösung der Kulturfragen herangehen soll.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namentlicher Abstimmung bei zwei Stimmenthaltungen mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Artikel 117 spricht das

Recht der freien Meinungsäußerung

aus und bestimmt dann weiter: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend und bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.

Ein Antrag **Nuschke und Gen.** (Dem.) will die Möglichkeit einer Filmzensur dadurch beseitigen, daß er nur gesetzliche Maßnahmen „zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz in Wort, Schrift und Bild, sowie bei öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Lichtspielen“ zulassen will.

Ein Antrag **Agnes und Gen.** (U. Soz.) will gleichfalls die Möglichkeit einer Filmzensur aufgehoben wissen und im übrigen positiv bestimmen, daß „öffentliche Schaustellungen und Darbietungen, insbesondere Lichtspiele, für die Jugend durch Gesetz ausschließlich gemeinnützigen Veranstaltungen von Vereinen, Körperschaften und Behörden verbunden werden können“.

Abg. **Koenen** (U. Soz.): Die Zensur ist ein Ueberbleibsel aus dem Obrigkeitsstaat und darf auch nicht in der Form der Filmzensur wieder aufleben. Im übrigen sind die Auswüchse der Lichtspiele nichts als Auswüchse unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise, deren Nutznießer sich jetzt darauf werfen, aus dem moralischen Niedergang des Volkes, der durch den Krieg veranlaßt worden ist, blutsaugerisch neue Kriegsgewinne zu ziehen. Diesem Unwesen wollen wir dadurch ein Ende machen, daß wir öffentlichen Körperschaften das Recht und die Pflicht geben, das Lichtspielwesen in die Hand zu nehmen. Im übrigen muß ich mich wundern, daß Herr Dr. Preuß kein Bedenken dagegen hat, die Frage der Filmzensur hier in der Verfassung zu regeln, während er sich dagegen gewandt hat, eine so wichtige Frage, wie die Frage der Todesstrafe, in die Verfassung aufzunehmen. Es handelt sich bei unserem Antrage um eine positive Maßregel im Interesse der Jugenderziehung, und wenn dieses Haus auch nur einen Funken von Verständnis für diese wichtige Frage hat, so muß er diesem Antrag zustimmen. (Beifall bei den U. Soz.)

Präsident **Fehrenbach:** Das ist eine Bemerkung, die ich für meinen Teil nicht ruhig hinnehmen kann, die ich vielmehr entschieden zurückweisen muß. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. **Oberfohren** (Dnat.): Dem Abg. Koenen fehlt jeder Funken von Verständnis und Logik, wenn er glaubt, daß die Zensur der Lichtspiele vermeidbar sei.

Abg. **Cohn** (U. Soz.): Der Präsident hat zwar eine Bemerkung des Abg. Koenen gegen das Haus über Mangel an Verständnis zurückgewiesen, sich aber nicht veranlaßt gefühlt, die gleiche Bemerkung, als sie durch den Abg. Oberfohren gegen meinen Parteifreund Koenen fiel, zu rügen. (Unruhe.)

Präsident **Fehrenbach** (unterbrechend): Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es etwas anderes ist, ob ein solcher Vorwurf gegen das ganze Haus oder gegen einen einzelnen Mann gerichtet wird. (Beifall.)

Abg. **Cohn** (U. Soz.): Dieser einzelne Mann war eben ein unabhängiger Sozialdemokrat. (Andauernde Unruhe.)

Präsident Fehrenbach: Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen den in der Bemerkung des Abg. Cohn liegenden Vorwurf wenden.

Abg. **Cohn** (U. Soz.): Dem widerspreche ich, namentlich in der letzten Zeit hat es der Präsident uns gegenüber an Objektivität fehlen lassen. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Präsident Fehrenbach: Zu dieser Verwahrung haben Sie nicht den mindesten Anlaß. (Lebh. Beifall bei einem großen Teile des Hauses. Zurufe b. d. U. Soz.: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen!)

Abg. **Cohn** (U. Soz.): Sachlich habe ich folgende Ausführungen zu machen: Wir verwerfen die Kinozensur, weil sie politisch ausgenutzt werden kann. Schon die alte Regierung war an der Universum-Film-Aktiengesellschaft mit einem Drittel des 25 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals beteiligt, um auf die Filmindustrie einen starken kontrollierenden Einfluß auszuüben. Nunmehr ist die neue Regierung die Trägerin der Zeichnung. Der Redner führt weiter aus, daß der Vorstand der U. F. A. im engsten Zusammenhange mit der Regierung arbeitet. Bei der Reichskanzlei besteht sogar ein Filmdezernat, das aus dem

Fonds des Reichspräsidenten, einer Art Korruptionsfonds,

bestritten wird. Früher haben wir sogenannte Durchhaltefilme erlebt. Es ist wahrscheinlich, daß wir jetzt parteipolitisch gefärbte Regierungsfilme erhalten werden. (Andauernde Schlußrufe.) Wenn die Filmzensur überhaupt einen vernünftigen Zweck hat, dann ist es nur der Fall, wenn man mit ihr der Jugendbildung dienen will. Diese Voraussetzung erfüllt unser Antrag. Die Zensurfreiheit ist durch die Filmproduzenten zweifellos mißbraucht worden. Zahlreiche Filme, die inzwischen aufgeführt worden sind, bedeuten zweifellos eine Kulturschande ersten Ranges; eine Einwirkung auf die Produktion verlangen auch wir.

Ministerpräsident Bauer: In der ihm eigentümlichen Art hat der Abg. Cohn mir Informationen vorgetragen, ohne sie nachzuprüfen. Seine Ausführungen über den Korruptionsfonds des Reichspräsidenten entbehren jeder Grundlage. Der Reichspräsident verfügt über einen Repräsentationsfonds von 500 000 Mark. Selbst der Abg. Cohn muß zugeben, daß er davon nicht die Filmindustrie unterstützen kann. Aus dem Hilfsleistungsfonds der Reichskanzlei wird lediglich eine Informationsstelle über den Film unterhalten, die monatlich 400 Mark kostet.

Abg. **Cohn** (U. Soz.): Das Filmdezernat der Reichskanzlei ist mit einem aus der Filmindustrie geholten Beamten besetzt. Daraus darf man wohl auf Beziehungen der Reichskanzlei zu der Filmindustrie schließen. Die Filmstelle hat natürlich keine andere Aufgabe, als die Filmvorführungen im Regierungssinne zu beeinflussen. (Lebh. Widerspruch. — Andauernde Schlußrufe.)

Der Artikel 117 wird sodann unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge in der Fassung des Entwurfs angenommen.

(Während der Abstimmungen tritt plötzlich ein Besucher des dritten Ranges an die Brüstung und wirft ein großes Paket Flugblätter und graue Karten in den Saal mit den Worten: „Hier ist Material für den Abgeordneten Naumann!" — Tribünenbesucher und Abgeordnete greifen nach den Zetteln und es entsteht große Unruhe, die durch eine Aufforderung des Präsidenten Fehrenbach um Ruhe langsam beendet wird. — Die Flugblätter sind überschrieben: „Dadaisten gegen Weimer" und tragen Unterschriften wie „Der dadaistische Zentralrat der Weltrevolution" und „Der Präsident des Erdballes sitzt im Sattel des weißen Pferdes. Dada." Auf den grauen Karten wird die Ankunft des Oberdada angekündigt, weil der Abg. Traub in einem Vortrage „Das Weltgewissen" angerufen habe. Der Zettelwerfer entfernte sich erregt sprechend ohne behindert zu werden.)

Ueber den zweiten Abschnitt, der Grundrechte des Gemeinschaftslebens behandelt, berichtet Abg. Dr. **Beyerle** (Ztr.): Artikel 118 stellt die Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens unter den Schutz der Verfassung und erklärt die Gesundung, Reinerhaltung und soziale Förderung der Familie als Aufgabe der Bevölkerungspolitik des Staates und der Gemeinde. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Nach Art. 119 ist die Erziehung des Nachwuchses Pflicht und Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.

Frau Juchacz u. Gen., die ferner dem unehelichen Kinde das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter geben wollen, wie den ehelichen Kindern.

Die Unabhängigen Frau **Zietz und Gen.** beantragen: Das uneheliche Kind trägt den Namen des Vaters und steht dem ehelichen Kinde gleich. Die Mutter des unehelichen Kindes hat den Anspruch auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden.

Die Unabhängigen Frau **Agnes und Gen.** beantragen ferner, daß Ehefrauen an der Ausübung eines Amtes nicht wegen ihrer Verheiratung gehindert werden dürfen. Sie beantragen endlich die Errichtung eines Reichsgesundheitsministeriums und Vergesellschaftung und Unentgeltlichkeit des Heilwesens und der Geburtshilfe und Vergesellschaftung der Arzneimittelherstellung.

Abg. Frau **Zietz** (U. Soz.): Der bisherige Rechtszustand ist eine bittere Ungerechtigkeit gegen das eheliche Kind und seine Mutter. Entsprungen aus unseren heutigen Eigentumsbegriffen und der auf ihr basierenden doppelten Moral für Mann und Weib. Der gegenwärtige Rechtszustand dient nicht sittlichen Zwecken, sondern lediglich dem Schutze des Eigentums für den unehelichen Vater und seine legitimen Kinder. Unter keinen Umständen darf die moralische Einschätzung und soziale Achtung einer Frau abhängig gemacht werden von einer vorehelichen Mutterschaft und unter keinen Umständen darf das uneheliche Kind schlechter gestellt werden als das eheliche. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. **Kuhnert** (U. Soz.) fordert ein Reichsministerium für einheitliche Pflege der Volkshygiene. Der Redner behandelt die Aufgabe dieses Ministeriums sehr ausführlich und wird von dem Vizepräsidenten Haußmann wiederholt auf die Ueberschreitung der vereinbarten Redezeit hingewiesen. (Zuruf d. Unabhängigen: Es gibt keine Redezeit!)

Damit schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 9½ Uhr.

Aus der Partei.

Erfolge der U. S. P. D. — Uebertritte der Rechtssozialisten.

Die Ortsgruppe der U. S. P. in **Itzehoe**, die im Januar bei den Wahlen zur Nationalversammlung nur 118 Stimmen aufgebracht hatten, im Februar zu den Stadtverordnetenwahlen jedoch bereits 011 Stimmen auf ihrer Liste vereinigte, zählt jetzt bereits die stattliche Zahl von 520 Mitgliedern.

Der Ortsverein der Rechtssozialisten in **Heiligenstedtenerkamp** mit etwa 60 Mitgliedern trat geschlossen zu unserer Ortsgruppe über, trotzdem die rechtssozialistischen Führer mit allen Mitteln diesen Beschluß zu verhindern suchten.

Die Ortsgruppe **Rehmede** der S. P. D. ist, wie uns von dort berichtet wird, geschlossen zur U. S. P. übergetreten.

Parteiliteratur.

Die **Kämpferin** Nr. 8 ist erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Frieden! — Die Arbeiterinnen und die Unfallgefahr in der Holzindustrie. — Die historische Schuld der Rechtssozialisten III. — Neue Richtlinien für sozialistische Gemeindepolitik. — Vom Glauben. — Eine Bündnerin. — So tröstet die Kirche die schmerzgebeugten Witwen. — Wir Frauen. — Arbeiter-Elternbund. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Protest der Sozialistischen Fraueninternationale gegen den Gewaltfrieden von Versailles und St. Germain.

Beilage: Für unsere Kinder.

Die Entscheidungsschlacht des Streikkrieges.

Von berufener Seite wird uns geschrieben: In der „B. Z. am Mittag" vom Donnerstag, den 10. Juli, wird unter obiger Ueberschrift auf eine in Aussicht stehende Bewegung in der Metallindustrie hingewiesen, die den Zweck haben soll, mit dem System der Tarifverträge zu brechen. Zunächst muß festgestellt werden, daß von einer solchen Bewegung, wie die „B. Z." sie schildert, der Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nichts bekannt ist. Anscheinend soll hier die Oeffentlichkeit falsch informiert werden, aus Gründen, die nur zu gut bekannt und zu durchsichtig sind.

Es muß zugegeben werden, daß eine gewisse Spannung in der Metallindustrie besteht. Die Dinge haben sich in der Metallindustrie folgendermaßen entwickelt: Seit einigen Monaten besteht zwischen beiden Organisationen, Arbeitgebern sowohl wie Arbeitnehmern, die Auffassung, daß das bestehende Kollektivabkommen einer Abänderung unterzogen werden muß. Die in den Sitzungen von Vertretern beider Organisationen gepflogenen unverbindlichen Aussprachen machten es notwendig, daß die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes das Ergebnis der am 22. Juni stattgefundenen Generalversammlung vorlegen mußte, um zu den in Frage kommenden Abänderungen des Kollektivabkommens eine Stellungnahme herbeizuführen, die Gewähr bieten sollte, daß der neu abzuschließende Vertrag auch von den Berliner Metallarbeitern anerkannt wird. Die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes hat sich in dieser Versammlung für einen Umbau des Vertrages ausgesprochen. Hier zeigt sich, daß der Artikelschreiber A. D. in der „B. Z." den Versuch macht, die Oeffentlichkeit irre zu führen. Er schreibt nämlich: „Es ist in der Oeffentlichkeit merkwürdigerweise wenig beachtet worden, daß in der letzten Generalversammlung des Berliner Metallarbeiter-Verbandes die neue Leitung verkündet hat, sie sei entschlossen, mit dem System der Tarifverträge vollkommen zu brechen."

Das zur Zeit bestehende Kollektivabkommen ist unter der früheren Leitung der D. M. V. gegen den Willen der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter zustandegekommen. In allen Versammlungen des D. M. V kommt es zum Ausdruck, daß der Kollektivvertrag von den Unternehmern ständig einseitig ausgelegt wird. Die Berliner Metallarbeiter gaben deshalb im großen Umfange zur Beschwerde Veranlassung. Ganz untergeordnete Angelegenheiten, die ihre Erledigung in den Betrieben finden könnten, müssen, veranlaßt durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer, die Schlichtungsausschüsse beschäftigen. Die Differenzfälle, die diesem Abkommen entsprangen, häuften sich derart, daß zuletzt an eine Erledigung nicht mehr zu denken war. Dadurch hat sich bei den Arbeitern die Antipathie gegen dieses Abkommen ständig gesteigert, und erklärten jene in der Generalversammlung, lieber ohne Kollektivabkommen arbeiten zu wollen als unter dem jetzt bestehenden. Die am 7. Juli stattgefundene Generalversammlung hatte die Leitung des D. M. V. dennoch beauftragt, dem Verband der Berliner Metallindustrieller neue Forderungen zu unterbreiten, über die verhandelt werden soll. Ob nun diese Verhandlungen zwischen den Berliner Metallarbeitern und den Metallindustriellen die Grundlage für eine Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses in der Berliner Metallindustrie abgeben wird, bleibt abzuwarten. Bestimmte Maßnahmen, die seitens des Industriellenverbandes getroffen sind, lassen das Gegenteil befürchten. — Wie dem auch sei, die Berliner Metallarbeiter erwarten von ihren Arbeitgebern eine Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses, die Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Not. Geschieht dieses, so kann man es als wahrscheinlich betrachten, daß die Berliner Metallarbeiter einem so fundierten Vertrag ihre Zustimmung geben werden. Diejenigen Gewerkschaftler, die sich über die volkswirtschaftlichen Aufgaben und auch der Zukunft klar sind, wissen, daß selbst in Betrieben und Industriezweigen, wo die Sozialisierung durchgeführt ist, die Interessen der Produzenten, also der Arbeiter, gegenüber Staat oder Kommune auch durch Arbeitsvertrag geregelt und festgelegt werden muß. Daß dieses im Einklang mit den Interessen der Konsumenten sowie der Allgemeinheit zu geschehen hat, braucht kaum erwähnt zu werden.

Aus alledem geht klar und deutlich hervor, daß die Berliner Metallarbeiter sowie ihre neue Leitung selbst wenn sie politisch auf dem Boden der U. S. P. stehen, durchaus keine prinzipiellen Gegner eines jeden Vertrages sind, wie es A. D. in der „B. Z." glauben machen möchte. Von der Leitung des D. M. V. ist in den letzten Wochen alles versucht worden, um die bestehenden Differenzen ohne Streik aus der Welt zu schaffen. Die bestehenden Teilstreiks sollten durch Vermittlung beider Organisationen beigelegt werden. Von Tag zu Tag tritt jedoch deutlicher die Erscheinung zutage, daß die Unternehmer alles daran setzen, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken. In den verschiedensten Betrieben, wo Unternehmer bereit waren, sich mit den Arbeitern zu verständigen, wurden Zulagen, die Arbeitern gewährt wurden, auf Eingreifen des Verbandes der Metallindustriellen wieder rückgängig gemacht. Dies zeigt deutlich, daß jetzt schon darauf hingearbeitet wird, die bestehenden Differenzen zu verschärfen. In Betrieben, wo ein Teil der Arbeiter, der an keinem Vertrag gebunden ist, streikt, finden die Unternehmer für die übrigen Berufsgruppen die Aussperrung an und haben die Kündigung ausgesprochen mit gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeitszeit auf 4 Stunden täglich. Deutlich und klar zeigt sich dadurch, daß gerade die Unternehmer Maßnahmen ergreifen, die provozierend wirken müssen.

Nicht die Metallarbeiter sind es also, die „die Entscheidungsschlacht des Streikkrieges" wollen. Hoffen wir, daß die andere Seite ebenso denkt! Die jetzt beginnenden Verhandlungen werden Klarheit schaffen. Sollte man den Metallarbeitern den Kampf aufzwingen, so werden sie ihn zu führen wissen. Ehe man jedoch die Oeffentlichkeit, wozu gar keine Veranlassung vorliegt, behelligte und falsch informierte, hätte man erst diese Verhandlungen abwarten sollen.

Ledebour

Das 31. bis 40. Tausend ist soeben erschienen!

Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

Gewerkschaftliches.

Zusammenschluß von Groß-Berliner Arbeitgeberverbänden.

Eine Lokalkorrespondenz verbreitet folgende Meldung: „Die zur Zeit in den verschiedensten Erwerbszweigen im Gange befindlichen Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden haben es auch für die Arbeitgeber Groß-Berlins wünschenswert erscheinen lassen, zu den in Betracht kommenden grundsätzlichen Fragen möglichst einheitlich Stellung zu nehmen bzw. da, wo bereits verschiedenartige Regelungen erfolgt sind, bei der Erneuerung der Tarifverträge zu versuchen, möglichst Einheitlichkeit herzustellen. Zu diesem Zwecke haben sich die namhaftesten Groß-Berliner Arbeitgeberverbände der verschiedensten Industrien, des Großhandels, des Kleinhandels sowie des Bank-, Versicherungs- und Baufaches zu einer Hauptstelle Groß-Berliner Arbeitgeberverbände zusammengeschlossen. Diese die bedeutendsten Berliner Arbeitgeberkreise umfassende Gesamtorganisation wird sich hauptsächlich mit Angestelltenfragen beschäftigen. Ihr wird daher in erster Linie auch die Stellungnahme zur Frage des Mitbestimmungsrechts obliegen, die im Gesetzentwurf über Betriebsräte ihre Regelung finden soll. Die Hauptstelle wird daher ebenso wie die zentralen Arbeitgebervereinigungen des Reiches diesen Entwurf durchberaten und dem Reichsarbeitsministerium ihre Vorschläge dazu unterbreiten."

Es ist ohne weiteres klar, daß dieser engere Zusammenschluß der gesamten Groß-Berliner Arbeitgeber den Zweck verfolgt, eine festere Phalanx gegen die Arbeiterschaft zu bilden. Die letztere wird daher damit zu rechnen haben, daß sie bei ihren zukünftigen Kämpfen auf noch stärkeren Widerstand als bisher stößt.

Der Kampf der Sattler gegen ihre vertragsbrüchigen Arbeitgeber.

Entgegen dem Vertrage im Sattlergewerbe hatten die beiden Firmen Winsch, Mannheim und Schloß Heimarbeiter beschäftigt, die nicht im Besitz der vertragsmäßigen Karten waren. Auf diesen offenen Vertragsbruch antworteten die Arbeiter dieser Betriebe mit dem Streik, worauf die Unternehmer von ca. 25 Prozent aller Betriebe mit der Aussperrung erwiderten. Alle Arbeiter, die vor dem 23. Januar angestellt worden sind, wurden sofort, alle anderen sollen nach 14tägiger Kündigung entlassen werden. Eine völlig ungerechtfertigte Maßnahme der Unternehmer, denen es nach der Bestimmung des Demobilmachungsamtes erst bei einer Arbeitszeitverkürzung auf vier Stunden täglich erlaubt ist, im Einvernehmen mit dem Betriebsausschuß Entlassungen vorzunehmen. Dies veranlaßte die Arbeitnehmer, das Demobilmachungsamt anzurufen, vor dem es auch gestern zu Verhandlungen kam.

In dieser Lage nahm nun eine gestern abend in Böttcers Festsälen stattgefundene Versammlung der Reiseartikel- und Portefeuille-Branche Stellung. Nach einer einleitenden Rede des Vorsitzenden Gottschalk, worin er das völlig ungenügende Offenbacher Abkommen scharf verurteilt, erstattete Dauner Bericht über die Verhandlungen beim Demobilmachungsamt. Die Arbeiter bestanden darauf, daß über die vertragsbrüchigen Firmen geziemende Geldstrafen verhängt werden. Die Verhandlungen mußten jedoch von den Arbeitnehmern als gescheitert betrachtet werden und wurden einer höheren Instanz überwiesen.

Die Ortsverwaltung empfahl ursprünglich sofortige Arbeitsniederlegung, zog dies später jedoch zugunsten eines Antrags zurück, wonach heute vormittag in allen Betrieben, wo Entlassungen und Kündigungen vorgekommen waren, eine geheime Abstimmung für den Streik stattfinden soll, was gegen einige Stimmen angenommen wurde. Die Resultate sind bis 2 Uhr nachmittags an die aufgestellte Streikleitung einzusenden. Diese befindet sich Ritterstraße 115 bei Schirmer (Tel. Moritzplatz 158.)

Ferner wurde einstimmig eine Resolution angenommen, daß die Versammelten den Kampf geschlossen weiterführen wollen und insbesondere auf Abschaffung der Heimarbeit bestehen bleiben. Die Frage, daß die Delegierten zum Verbandstag auf dem Boden des wirtschaftlichen und politischen Rätesystems zu stehen haben, wurde auf die heute abend stattfindende Generalversammlung vertagt.

Lohnbewegung der Möbeltransporteure und Kutscher.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Möbeltransporteure, Kutscher und Packer Groß-Berlins hielten am Dienstag im Englischen Hof eine Versammlung ab, die sich mit der Kündigung des Tarifvertrags und der Einreichung neuer Forderungen beschäftigte. Der von der Lohnkommission der Versammlung vorgelegte neue Tarifvertragsentwurf wurde lebhaft diskutiert und in einigen Punkten abgeändert. Es wurden in dem neuen Vertragsentwurf gefordert: für Kutscher und Stalleute 105 M., in gemischten Betrieben 120 M.; für angestellte Packer 105 M. pro Woche, nicht angestellte Packer pro Tag 21 M. Statt den bisher üblichen Trinkgeldern sollen feste Lohnzuschläge gezahlt werden, ebenso sind weitere Verbesserungen für Reisen, Nachtfahrten und Auslandsfahrten vorgesehen. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Für Ueberstunden werden 8 M. pro Stunde gefordert, für Sonntagsarbeit ein 100proz. Aufschlag. Urlaub soll gewährt werden nach 3jährlicher Beschäftigung 3 Tage, nach 1 Jahr 6 Tage, nach 3 Jahren 9 Tage und nach 5 Jahren 12 Tage. Kriegsteilnehmern soll ihre Tätigkeit vor dem Kriege angerechnet werden.

Zur Verhandlung mit den Unternehmern wurde eine Kommission gewählt.

Tarifvertrag im Dachdeckergewerbe.

Nach langen Verhandlungen mit den Unternehmern ist es endlich gelungen, auch für die Dachdeckerhilfsarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Stundenlohn beträgt vom 14. Juli 1919 ab: Für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 1,75 Mark, über 18 Jahre als Anfänger 2,10 Mark. Für geübte Hilfsarbeiter, welche über drei Monate im Gewerbe tätig sind, 2,60 Mark. Für Arbeiter, welche ausschließlich nur mit Tragen beschäftigt werden, ist für die Zeit dieser Tätigkeit eine Zulage von 20 Pfennig pro Stunde zu zahlen.

Eine Schuhmacherversammlung der Maßschuhbranche fand Dienstag abend im Gewerkschaftshaus statt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Ferienfrage. Die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe berichteten über die Ergebnisse der Ver-

handlungen mit den Unternehmern. Im allgemeinen waren die Forderungen erfolgreich. Zwei der größten Betriebe zahlen bereits bei einer siebentägigen Arbeitsruhe den vollen Lohn weiter, andere haben sich bis jetzt nur zur Zahlung einer Summe bis zu 100 Mark herbeigelassen. Es steht zu hoffen, daß überall ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird. Zum Schluß wurde in eine Besprechung der Kündigung des Tarifvertrages eingetreten. Es kam zum Ausdruck, daß jetzt die Unternehmer möglichst kurzfristige Verträge anstreben im schroffen Gegensatz zu früher. Der Vorsitzende, Vollmerhaus, führte aus, daß man in der nächsten Zukunft mit einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen, sei es im Sinne der Zwangs-, sei es im Sinne der freien Wirtschaft, zu rechnen habe. Er bezweifelt eine Ledereinfuhr in absehbarer Zeit, wohl aber ist eine Einfuhr von Fertigwaren möglich. Er hält diese Aussichten für sehr wichtig für die Organisation der Schuhmacher und fordert zu noch festerem Zusammenschlusse auf.

Die Berliner Geschäftsdiener- und Packervereinigung, eine Organisation, die neben dem Transportarbeiterverband noch eine größere Anzahl im Handelsgewerbe beschäftigter Hilfsarbeiter umschließt, hielt am 10. Juli eine Generalversammlung ab. Dort kam auch ein Schreiben des Transportarbeiterverbandes zur Sprache, in dem zu einem gemeinsamen Vorgehen beider Organisationen bei Tarifabschlüssen usw. eingeladen wird. Eine unverbindliche Besprechung zwischen Vertretern beider Organisationen hat bereits stattgefunden, und es ist zu erwarten, daß diese Anbahnung bald zu einem völligen Zusammenschluß der beiden Vereinigungen führen wird. Die Diskussionsredner äußerten sich sämtlich in zustimmendem Sinne, und ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, die Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband weiter zu führen und dem Vorstand freie Hand zu lassen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Vorher hatte die Versammlung noch eine Ersatzwahl für den Vorstand vorgenommen, die folgendes einstimmiges Ergebnis zeitigte: 2. Vorsitzender Kirchmeyer, 1. Rendant Dümecke, Beisitzer Möllendorf. Den Angestellten wurde eine monatliche Teuerungszulage von 125 Mark bewilligt. Der Boykottbeschluß gegen die Angehörigen der Freiwilligenverbände wurde wieder aufgehoben.

Groß-Berlin.

Die Kunst dem Volke.

Zu den typischen Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehört auch das Privilegium der besitzenden Klassen, die Kunst fast ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen, sie zu beherrschen und ihr die jenen Klassen genehme Richtung aufzuzwingen. Künstler, die sich frei machten von der bürgerlichen, meist byzantinischen Geschmacksrichtung, mußten seelische und leibliche Not dafür in Kauf nehmen. Die nichtbesitzenden Klassen, die Proletarier, deren Leben, Sorgen und Qualen diese Künstler in ausdrucksvolle Formen brachten, standen zum Teil der Kunst völlig fern, zum Teil erlaubten es ihre Mittel nicht, diese Künstler durch Ankauf ihrer Werke zu unterstützen. Ihr Heim schmückte elender Kitsch, oftmals mit einem Preis bezahlt, der annähernd ausgereicht hätte, ernste und schöne Kunst dafür zu kaufen.

Der Sozialismus hat auch hierin schon etwas Wandel geschaffen, seine auch auf die Hebung des Kunstsinns im Volke gerichteten Bestrebungen haben bereits Erfolge gezeitigt, und es ist schon mehr und mehr die Neigung des Proletariers zu verspüren, sich künstlerischen Genüssen mit wachsendem Verständnis hinzugeben.

Solche Erfolge reizen zur Weiterarbeit auf dem eingeschlagenen Wege der Kulturpflege an, und es ist erfreulich, wenn sich besonders Arbeiterorganisationen dieser Aufgabe widmen; dient doch diese Tätigkeit der kulturellen Hebung der unteren Volksschichten und macht diese auch empfänglich für die sozialistischen Ideen.

Der rührige **Bildungsausschuß** unserer Parteiorganisation in **Neukölln**, der in der kurzen Zeit seines Wirkens schon recht fleißig gearbeitet hat, hat sich nun zur Aufgabe gemacht, auch die bildende Kunst in engere Berührung mit dem Volke zu bringen. Im Verein mit der **Genossenschaft sozialistischer Künstler** hat er im neuen Rathaus in Neukölln eine Ausstellung errichtet, die uns eine reiche Auswahl von Bildern und auch mannigfache Skulpturen zeigt, die dem Leben und der Umwelt des Proletariats künstlerische Formen verleihen. Auf der im zweiten Stock befindlichen Diele ist diese Ausstellung aufgebaut, einfach und doch äußerst geschmackvoll.

Am Mittwoch vormittag wurde die Ausstellung mit einer Ansprache des Genossen Karl Schneider über Zweck und Ziel der Ausstellung eröffnet. Auch Oberbürgermeister Kaiser, der das Zustandekommen der Ausstellung in jeder Hinsicht bereitwilligst unterstützt hat, war anwesend und sprach die Hoffnung aus, daß die Ausstellung dazu dienen möge, neben dem rein auf das Materielle gerichteten Sinn auch den Sinn für das Schöne zu wecken.

Die Ausstellung, auf der auch eine Gruppe von Künstlern vertreten ist, die gezwungen ist, Erwerbslosenunterstützung zu beziehen, dauert 14 Tage und ist täglich, auch Sonntags, von 10 bis 8 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Wir können den Besuch der Ausstellung jedem aufs beste empfehlen.

Kommunale Arbeiterräte!

Heute, Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Plenarsitzungssaal, Herrenhaus, **Vollversammlung**. Tagesordnung: Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Stadtkreises Groß-Berlin und Fortsetzung der Tagesordnung von der letzten Vollversammlung. Zwecks Kontrolle müssen die Legitimationskarten mit dem örtlichen Arbeiterratsstempel versehen werden, ohne diesen kein Zutritt. Vollzugsrat Groß-Berlin, Kommunaler Ausschuß. J. A.: Rich. Lange.

Die Unregelmäßigkeiten beim Lebensmittelamt Lichtenberg.

Am gestrigen Dienstag hielt die U. S. P. D. Lichtenbergs im Garten des Café Bellevue zu Rummelsburg eine von etwa 4000 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, in der zuerst der Abgeordnete Herhof einleitend ein allgemein politisches Referat über die Ernährungswirtschaft hielt. Hierauf gab der Stadtverordnete **Turm** einen Bericht über das vorläufige Ergebnis der Untersuchung über die Schiebungen beim Lebensmittelamte, die durch eine von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Untersuchungskommission geführt worden ist. Einleitend führte er aus, daß es bei der Fülle des vorliegenden Materials nur möglich war, einen vorläufigen Bericht zu erstatten. Besonders belastendes Material habe die Untersuchung gegen den Dezernenten der Lebensmittel-Versorgung Dr. Inge gezeitigt. Dieser Herr habe alle seine Pflichten aufs gröblichste vernachlässigt. Im Bureau sei er so gut wie gar nicht anzutreffen gewesen, alle seine Geschäfte habe er im Restaurant erledigt, wohin auch seine Sekretärin die Post zur Unterschrift habe bringen müssen. Er habe wiederholt Fleisch und Eier, über deren Herkunft er jede Angabe verweigere, nach diesem Restaurant gebracht und dort zubereiten lassen. Nach den Büchern der Fischhalle habe Dr. Inge im Zeitraum von dreiviertel Jahren für 750 Mark Räucherwaren entnommen. In seinem Ressort sei mit Riesenverlusten gearbeitet worden. An Lieferanten seien Provisionen gezahlt worden, und zwar allein für einen Posten Keks die Summe von 10 000 Mark. Die Untersuchungskommission habe auf Grund des vorliegenden Materials beantragt, das Anstellungsverhältnis des Dr. Inge mit der Stadt Lichtenberg zu lösen und die Stadtverordnetenversammlung habe beschlossen. Es ist ferner festgestellt worden, daß Beamte, Angestellte, Referenten und Magistratsmitglieder Extrazuwendungen an Lebensmitteln erhalten haben. Erst im November mit Ausbruch der Revolution habe man dies unterlassen. Die Untersuchungskommission hegt berechtigte Zweifel daran, daß die zahlreichen Lebensmittelkarten, die dauernd verschoben werden, lediglich aus gewaltsamen Einbrüchen herrühren. Zwar werde die Kontrolle der Karten einwandsfrei gehandhabt, doch müsse festgestellt werden, daß **wöchentlich 40 bis 50 000 Lebensmittelkarten zuviel** nach Lichtenberg geliefert werden, und daß über die Ueberschüsse, die zur Makulatur kommen, keine Kontrolle ausgeübt wird. Es wurde u. a. festgestellt, daß 1500 Brotkarten fehlten. Diese sollten sich zwar nachträglich wieder eingefunden haben, jedoch sei der Beweis hierüber nicht erbracht worden. In der Krankenernährungsstelle herrschten die unglaublichsten Zustände. Bei dem dortigen Wirrwahr sei eine Kontrolle völlig unmöglich gewesen. Bei Besichtigung des Schlachthofes habe man ebenfalls eine größere Anzahl von Mißständen entdeckt. Dort sei dem „Hintenherum-Handel" Tür und Tor geöffnet. **Die Stadtverordneten Bernhard Becker und Brödler hätten im Jahre 1918 dem Leiter der Fischhalle gedroht, ihn auf Grund von Beziehungen zum Kriegsministerium in den Schützengraben zu schicken, sofern er sie nicht hintenherum begünstige.** Von seiten städtischer Angestellter sei eine derartig große Zahl von Durchstechereien und Lebensmittelschiebungen vorgenommen worden, daß bis zum Augenblick ein abschließendes Ergebnis über die Untersuchungen nicht gegeben werden könne.

Stadtverordneter **Klüßner** berichtete sodann über die vom kommunalen Arbeiterrat Lichtenberg veranlaßten Lebensmittelbeschlagnahmen, die bei Lebensmittelschiebern und Schleichhändlern vorgenommen wurden. Unter anderem wurde beschlagnahmt: 160 lebende Rinder, 175 lebende Schweine, 80 geschlachtete Schweine, 40 Kälber, 6 Schafe, 1894 Kilogramm Fett, etwa 9 To. Kartoffeln, etwa 4 Tonnen Mehl, etwa 4¾ Tonnen Brotgetreide u. a. m. Besonders zu erwähnen sei eine Beschlagnahme einer Bahnsendung, die unter Möbelumzugsgut eines Pfarrers lief, und 250 geschlachtete Hammel enthielt. Die beschlagnahmten Lebensmittel seien zum größten Teil der Bevölkerung, insbesondere den Massenspeisungen und dem Krankenhause zugute gekommen. Nach kurzer Aussprache wurde dann die Versammlung geschlossen.

Die dunkle Schiebergeschichte in Niederschöneweide

über die wir bereits in Nr. 323 vom 10. Juli berichtet haben, hat nun endlich die Polizeibehörde, die wir bisher wiederholt vergeblich um eine Aeußerung ersucht hatten, zu einer solchen Aeußerung veranlaßt. Die Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidiums sendet uns auf Grund § 11 des Preßgesetzes eine Erklärung folgenden Wortlauts:

„Der Offz.-Stellv. Gründler hat mit Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde den Betriebsstoff, für den ein amtlicher Freigabeschein vorlag, in Schöneweide untergestellt. Mit Genehmigung der zuständigen Behörde ist der eine Teil der Dienststelle, der andere an die von der „Freiheit" genannte Stelle zurückbeordert, mit der Gründler die Abrechnung vorzunehmen hatte. Von irgendeiner „Schiebung" kann demnach also keine Rede sein."

Wir möchten zunächst bemerken, daß eine Berufung auf das Preßgesetz nicht nötig war, denn wir hatten ja selbst gewünscht, daß sich die Polizeibehörde äußern soll. Zur Sache selbst wollen wir aber bemerken, daß das Verhalten des Herrn Offizierstellvertreters **Gründler** nach wie vor den schärfsten Protest herausfordert. Wenn er ein Recht darauf hatte, den Benzol abzuholen, weshalb erschien er da mit einer bewaffneten Macht? Dem Arbeiterrat hätte es genügt, wenn Herr Gründler mit einem einwandfreien Ausweis bewaffnet erschienen wäre. So mußte unwillkürlich der Verdacht entstehen, daß der Benzol zu Unrecht weggeholt werden sollte. Oder war es nur darauf angelegt, den Arbeiterrat zu provozieren?

Zum Lohnkampf im Milchgewerbe.

Dieser Tage verbreitete eine Lokalkorrespondenz eine Notiz, daß die Arbeiter und Angestellten der Meiereien eine Lohnerhöhung von etwa 100 Prozent verlangen, wodurch eine Verteuerung der Milch von 9 Pfennig pro Liter eintreten müßte. Die Forderungen der Arbeiter würden den Stadtsäckel etwa 20 Millionen jährlich belasten.

Diese Mitteilungen sind teils völlig unwahr und teils stark übertrieben. Zunächst fordern die Arbeiter keine 100proz. Lohnerhöhung. Die Kutscher und Stalleute, die zur Zeit einen Wochenlohn von 50 bis 65 M. haben, verlangen nicht 135 M., wie die Berliner Morgenpost schreibt, sondern 96 M., Meiereiarbeiterinnen beanspruchen 50 M., Maschinisten und Heizer 124,90 M. und Handwerker 144 M. Die Bewilligung der Forderungen würde, wie uns aus Arbeiterkreisen mitgeteilt wird, jährlich nicht 20 Millionen, sondern 3 Millionen Mehrausgaben verursachen. Die Arbeiterschaft ist allerdings der Meinung, daß die Molkereibetriebe, deren Direktoren sehr hohe Gehälter beziehen, und die während der Kriegszeit mit Gefangenen bei einem Tagelohn von 1 M. gearbeitet, also gute Geschäfte gemacht haben, durchaus in der Lage sind, die Mehrausgaben zu tragen, ohne daß der Milchpreis erhöht werden muß. In dem Vertragsentwurf ist darum auch ausdrücklich betont, daß **eine Erhöhung des Milchpreises aus Gründen der Lohnerhöhung nicht erfolgen darf!** Dazu kommt, daß den Meiereien erst kürzlich eine 42proz. Preiserhöhung von der Fettstelle bewilligt worden ist, die aber keineswegs zur Aufbesserung der Löhne der Arbeiter verwendet wurde, wie die Nachrichten der bürgerlichen Presse glauben machen wollen, sondern zum größten Teil in die Tasche der Besitzer der Meiereien geflossen ist. Nur noch die Händler haben eine Aufbesserung ihrer Lage dadurch erfahren. Die Molkereiarbeiter dagegen haben während der Revolution nur eine Teuerungszulage von durchschnittlich 10 Mark erhalten, eine Lohnerhöhung also, die zu der Steigerung der Lebensmittelpreise in dieser Zeit in keinem Verhältnis steht. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß es sich in den Meiereien um eine schwere und ungesunde Arbeit handelt, die überdies noch zum größten Teil während der Nachtzeit ausgeführt wird und die Kleidung der Arbeiter arg mitnimmt.

Die Lage dieser Arbeiterkategorie ist also durchaus verbesserungsbedürftig. Daß dies nur auf Kosten der Konsumenten geschehen kann, entspringt nur der Weisheit der Unternehmer, die jede geringste Lohnerhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen bemüht sind. Die arbeitende Bevölkerung Berlins wird durch die Machinationen der Unternehmer sich nicht gegen die um bessere Lohnverhältnisse kämpfenden Meiereiarbeiter aufhetzen lassen.

Skandalszenen bei der Vorführung eines „Aufklärungsfilms".

Zu recht erregten Szenen kam es am Dienstag abend in einem Kino in der Friedrichstadt. Dort wird ein sogenannter „Aufklärungsfilm" gespielt, der jedoch in seinem vierten Akt so realistisch ist, daß das Publikum den Abbruch des Stückes forderte und sein Eintrittsgeld zurückverlangte. Dazwischen erschollen **Rufe nach der Kinozensur**. Ein Arbeiter wußte sich mitten im Raum für einige Minuten Gehör zu verschaffen und hielt eine Rede, in der er der Kinodirektion **Irreführung der öffentlichen Meinung** vorwarf und die **Einsetzung einer Arbeiterzensur** vorschlug. Da der Skandal nicht enden wollte, sah sich der Direktor veranlaßt, die Polizei herbeizurufen, die eine Räumung des Theaters vornahm.

Der betreffende Arbeiter hatte die Situation richtig erfaßt, als er mit seiner Rede nach einer Kinozensur, womit ohne Zweifel doch die Polizeizensur gemeint war, zurückwies. Wir haben jahrelang diese Polizeizensur im Theaterwesen gehaßt und sind froh, daß wir sie los sind. Ist es Zufall oder hängt es mit dem oben erwähnten Vorfall zusammen, daß jetzt gerade eine aus amtlicher Quelle genährte Korrespondenz für die Wiedereinführung der Theaterzensur Stimmung zu machen versucht? Nach unserer Meinung soll das Publikum die Zensur selbst ausüben. Daß es dazu imstande ist, beweist das erwähnte Vorkommnis. Wenn es dabei auch etwas lebhaft hergeht, so ist das immer noch lieber, als wenn irgend einem bureaukratischen und prüden Menschen es wieder in die Hand gegeben würde, mit seinem Rotstift ganz nach seinem eigenen Geschmack zu wüten. Deshalb fordern wir das Publikum auf, von seinem Recht der Kritik unsauberer Vorführungen überall energisch und schonungslos Gebrauch zu machen.

Jugendweihe in Lichtenberg.

Der Lichtenberger Bildungsausschuß U. S. P. D. veranstaltet am 14. September eine Jugendweihe. Meldungen müssen persönlich oder schriftlich umgehend erfolgen bei den Genossen Fritz Thurin, Scharnweberstr. 24 IV und Oswald Preißer, Neu-Lichtenberg, Heinrichstr. 1a III. Vorbereitungskurse werden noch bekanntgemacht.

Ueber die Explosion in Hohenschönhausen wird uns noch folgendes mitgeteilt: Als der Betrieb am Mittwoch früh um 7.15 Uhr zu arbeiten anfing, kamen die nach den etwa 20 Minuten von der Fabrik entfernten, in freiem Felde liegenden zwei Lagerschuppen entsandten Transportarbeiter mit der Meldung zurück, daß der Schuppen brenne. Dies war auch in der Tat der Fall. Nach ½8 Uhr erfolgten außer vielen minder starken zwei sehr starke Detonationen. Es sind ca. 200 000 zum Demontieren bestimmte Granat- und Minenzünder explodiert. Menschenleben oder Verwundungen sind nicht zu beklagen. Die beiden Schuppen sind völlig niedergebrannt.

Gegen Nepplokale. Da sich in letzter Zeit wieder die Klagen gegen das schamlose Treiben in Schankwirtschaften, die der Berliner mit dem bezeichnenden Namen „Nepplokale" belegt, mehrten, hat sich das Landespolizeiamt abermals mit einigen der schlimmsten befaßt, die den Behörden trotz aller Warnungen und Maßnahmen immer wieder zu schaffen machten. Zu diesen gehören insbesondere der „Schlemmerkeller" in Berlin, Jägerstr. 18, und die „Blaue Diele" in Berlin-Schöneberg, Aschaffenburger Str. 12. Beiden Inhabern wurde die Fortsetzung des Betriebes untersagt.

„Bärendienste der Antibolschewistischen Liga." Unter dieser Ueberschrift teilten wir in Nr. 327 der „Freiheit" mit, daß die Antibolschewistische Liga Hetzflugblätter gegen die streikenden Verkehrsarbeiter in den Straßen Berlins verbreiten lasse. Die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur", die aus der „Antibolschewistischen Liga" hervorgegangen ist, macht uns darauf aufmerksam, daß sie keine solche Flugblätter verbreiten ließ. Wir bedauern, daß uns ein Irrtum unterlaufen ist, denn es handelt sich um die „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus", die für diese Hetzflugblätter verantwortlich zu machen ist.

Zeugen, die den Automobilunfall am 16. Juni morgens zwischen 8 und 9 Uhr an der Beusselstraße, Ecke der Siemensstraße beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adressen bei Hugo Göpfert, Wildenowstr. 19, abzugeben.

Städtische Rechtsauskunftsstelle, Neukölln. Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September 1919 ist die städtische Rechtsauskunftsstelle, Ganghoferstraße 1/1, nur am Montag, Mittwoch und Freitag nachm. von 4—7 Uhr geöffnet.

Lebensmittelkalender.

Berlin. In der Woche vom Montag, den 21. Juli, bis Sonntag, den 27. Juli, findet eine Fettverteilung auf die Einfuhrzusatzkarte gegen beide Abschnitte C. 10 der Einfuhrzusatzkarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in den zum Speisefettbezuge bestimmten Kleinhandelsgeschäften statt. — Bis Freitag, 18. Juli, in den Bezirken der 9., 12., 23. und 29. Brotkommission, bis Sonnabend, 19. Juli, in den Bezirken der 16., 22. und 26. Brotkommission, bis Montag, 21. Juli, in den Bezirken der 24., 25., 27., 28., 30. und 48. Brotkommission und bis Dienstag, 22. Juli, in den Bezirken der 31., 32., 33., 34., 35., 36. und 37. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Spandau. Ab Freitag 50 Gramm Butter auf Butterabschnitt 3 der Speisefettkarte. Ab Sonnabend 100 Gramm Margarine auf Margarineabschnitt 3 der Speisefettkarte. Gegen Abtrennung von Feld 280 der Lebensmittelkarte sind noch Heringe in verschiedenen Geschäften zu haben.

Pankow. Vom Mittwoch ab 250 Gramm Graupen (41), 100 Gramm Graupen für Jugendliche (88), 400 Gramm Marmelade (87).

Lichtenberg. Vom 14.—20. Juli wird an Stelle von inländischem Fleisch, ausländisches Schweinefleisch (4,75 M.) ausgegeben. Als sogenannte Knochenbeilage (Dickbein, Spitzbein, Kopf ohne Backe) ist ein Fünftel der eingekauften Menge zuzuwiegen. Ein Auslandsei auf den Märkten 879 J. G. E. (1,25 M.).

Reinickendorf. Auf Abschnitt 201 der Lebensmittelkarte der Gemeinde Berlin-Reinickendorf wird ein Viertelpfund Tilsiter Käse zum Preise von 60 Pfg. ausgegeben. Der Verkauf findet in den amtlichen Verkaufsstellen statt. Die Ausgabe erfolgt auf Ausweiskarte A am 18. und 19., B am 21. und 22., C am 23. und 24., D am 25. und 26. Juli.

Stralau. In der Woche vom 14. bis 20. d. M. gelangen in den hiesigen Bäckereien auf Abschnitt 52 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte pro Kopf 750 Gramm Brot zur Ausgabe. Ferner können auf Abschnitt 53 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 150 Gramm Kartoffelwalzmehl zum Preise von 18 Pfg. bei den Kartoffelhändlern entnommen werden.

Aus dem Gemeindeleben.

Schmargendorf. Wie in allen westlichen Vororten war der Arbeiterrat den bürgerlichen Parteien von Anfang an ein Dorn im Auge, und so stellte die deutschnationale Partei in einer der letzten Gemeindevertretersitzungen den Antrag, dem Arbeiterrat die Geldmittel zu verweigern und ihn aus dem Rathause auszuweisen. Da die Dringlichkeit des Antrages nicht anerkannt wurde, wurde derselbe bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Um gegen die Willkür der Deutschnationalen zu protestieren, wurde am letzten Freitag eine Versammlung gemeinsam von U. S. P. D. und S. P. D. sowie dem kommunalen Arbeiterrat einberufen. Dieselbe gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung für Beibehaltung des A.-R. Die Referenten beider Parteien legten die Notwendigkeit für Beibehaltung des A.-R. dar und wurde eine Resolution, die sich in diesem Sinne aussprach, angenommen. — Trotzdem hielten es die Deutschnationalen für notwendig, in der Gemeindevertretersitzung am Montag, den 14. Juli, den Arbeiterrat abzuwürgen. In der sich hier entspinnenden Diskussion wurde mit den Herren nicht sehr gelinde umgegangen. Man warf ihnen das volksfeindliche Verhalten gegen die Einwohnerschaft vor und wies darauf hin, daß bis jetzt von den Herren Deutschnationalen noch nichts Positives geleistet worden wäre. Außerdem wies man darauf hin, daß der Antrag in der Bevölkerung Schmargendorfs eine berechtigte Erregung ausgelöst habe, da doch der Arbeiterrat die Instanz sei, wohin sich die Einwohner mit Vertrauen wendeten. Der Redner der Berufsständigen wies zwar auch auf die Notwendigkeit des A.-R. hin, wünschte aber eine andere Besetzung. Der Demokrat Dr. legte den Standpunkt seiner Fraktion dar und ersuchte, da doch tatsächlich in Schmargendorf der A.-R.

legenbreich gewirkt habe, denselben beizubehalten und zwar in der jetzigen Verfassung bis zur gesetzlichen Regelung, mit der Ausnahme, daß ihm die politische Spitze genommen werden solle. — Der Redner brachte einen diesbezüglichen Antrag ein. Der Antrag der Deutschnationalen für Abschaffung des A.-R. wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt; sogar der Gemeinderat stimmte dagegen. Dem Antrag der Demokraten wurde zugestimmt, um die Existenzmöglichkeit des Arbeiterrats zu sichern. Mögen die Herren Deutschnationalen aus dieser Sache eine Lehre ziehen und ersehen, daß die arbeitende Bevölkerung nicht gewillt ist, die Errungenschaften, die zu ihrem Vorteil geschaffen sind, mir nichts dir nichts an die Wand zu drücken.

Tegel. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung erteilte dem Arbeiter-Schwimmverein „Delphin" die Genehmigung zu einer provisorischen Anlage eines Freibades. Zu den Unkosten in Höhe von 10 000 M. wurde vorläufig ein Zuschuß von 6000 M. bewilligt. — Die Gemeindeeinkommensteuer, die bereits festgelegt ist, mußte eine Aenderung erfahren. Einkommen bis 1500 M. sollen steuerfrei bleiben; bis zu einem Einkommen von 10 500 M. tritt eine gestaffelte Ermäßigung bis zu 50 v. H. ein. — Seit der Festsetzung des Etats Ende März sind Mehraufwendungen in Höhe von 3800 M. beschlossen worden, wobei es sich im wesentlichen um Gehalts- und Lohnerhöhungen handelt. Es war deshalb eine Erhöhung des Steuerzuschlags von 260 auf 300 Proz. erforderlich. Die Vertretung stimmte dem Nachtragsetat zu. An die Beamten, ständigen Angestellten und das Lehrpersonal wurden entsprechend den Berliner Sätzen einmalige Zuwendungen von 700 bis 200 M. bewilligt. — Der zweite besoldete Schöffe ist abermals abgelehnt worden. — Zum Schluß der Sitzung wurde nochmals der Wunsch nach endlicher Rechnungslegung über die Kriegszeit laut.

Aus den Organisationen.

Sechster Kreis. Freitag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Grunthalerstr. 5. Vortrag des Genossen Stahlberg über das Rätesystem. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Charlottenburg. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, Vollsitzung der kommunalen Arbeiterräte im Rathaus, Sitzungssaal 1. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Neukölln. 8. Bezirk. Freitag abend 7 Uhr im Kino, Kaiser-Friedrichstraße 168/169 Bezirksversammlung. 16. Bezirk. Donnerstag abend 7 Uhr Bezirksversammlung bei Graf, Hermannstr., Ecke Schierkestr. 17. Bezirk. Der verstorbene Genosse Emil Müller wird Sonnabend, den 19. Juli, nachm. 3½ Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, beerdigt.

Bildungsausschuß Neukölln. Heute abend 8 Uhr in der Kindl-Brauerei Vortrag von Frau Dr. Paula Türk: Die menschliche Ernährung im Lichte der Chemie. Eintrittskarten zu 50 Pfg. im Bureau, Neckarstr. 3, und am Saaleingang zu haben.

Adlershof. Montag abend 7½ Uhr öffentliche Versammlung im Lokal von Wölfstein, Bismarckstr. 78. Tagesordnung: „Der Friede des Imperialismus und die deutsche Arbeiterschaft."

Vereinskalender.

Westliche Vororte. Freitag 5., Protestversammlungen, siehe Inserat. Mittwoch Morgen-Ausgabe.

Achtung, Tiefbau. Alle Obleute und Vertrauensleute sämtlicher Tiefbaufirmen Freitag nachm. 3 Uhr im Lokal Brunnensäle, Brunnenstraße 15, Versammlung.

Achtung, Zimmerer! Donnerstag 17. abends 5 findet in den Brunnensälen, Brunnenstr. 15, eine Versammlung sämtlicher Zimmerer im Tiefbau statt.

Obmänner- und Vertrauensleute-Versammlung der Hilfskräfte des Magistrats Berlin zwecks Arbeiterratsersatzwahl Freitag, den 18. Juli, ¾4 Uhr, Marg.-Lyzeum, Jfflandstr.

Verband der Bureauangestellten Deutschl. Abt. Telegraphen, Jugendsektion. Versammlung der jugendlichen Angestellten aller Branchen am Freitag, 18. Juli, abends 7½ Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.

Verband der Bureauangestellten, Ortsgruppe Spandau. Freitag nachm. 4½ Uhr Oberrealschule, Eingang Friedrichstr., Branchenversammlung der Angestellten der Staatsbetriebe.

A.-W. Süd, Spandau. Die Einrichter treffen sich Freitag vorm. 11 Uhr in Aw. Süd, Tor 1. Nachzahlung. Neumann.

Elektromonteure. Vertrauensmännerkonf. 17. abends 6 Uhr Sophiensäle. Alle Betriebe müssen vertreten sein.

Achtung, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Extra-Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Berlin, Freitag nachm. 5 Uhr Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Berichtigung: Die Generalversammlung findet am Donnerstag abend Frankfurter Allee, Festsäle „Steuer" nicht statt, sondern eine erweiterte Vorstandssitzung im Logenrestaurant, Kleine Augustr., abends 7 Uhr statt.

Inter. Bund der Kriegsbeschäd. u. Kriegerhinterbl., Ortsgruppe Wilmersdorf. Mitgliederversammlung nicht Donnerstag, den 17., sondern 24. Juli.

Freie sozial. Jugend. Sonntag, 20., in Berlin. Näheres teilt schnellstens mit Jugendsekretariat Rathenow, Waldemarstr. 9.

Moabit. Mieter-Versammlung am Donnerstag abend 7 Uhr Aula, Zwinglistr. 2. Mieterbund Groß-Berlin.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Ortsgr. Neukölln. Donnerstag ½7 Uhr am Rathaus: Abendwanderung. Zusammenkunft Freitag fällt aus.

A. W. B. „Naturfreunde", Ortsgr. Wilmersdorf. Heute ½8 Uhr bei Teichmann, Holsteinische Straße 12, Gründung und Vortrag: „Was will der Arbeiter-Wanderbund?" Gäste herzlich willkommen!

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin — Sebastianstr. 37-38.

Achtung! Achtung!
Am Freitag, den 18. Juli, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14-15 eine
Besprechung
sämtlicher Vertrauensleute des Verbandes der Schneider statt.
Wir bitten wegen der Wichtigkeit um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
NB. Alle Geschäfts- und Werkstellen-Sitzungen fallen am Montag, den 21. Juli aus.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Dringend!
Internationaler Bund der K. und H.
Bezirk Nordost
Heute Donnerstag, den 17. d. M., außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Lyzeum, Greifswalder Straße 24-25 (Turnhalle). Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden zu erscheinen. Beginn 7 Uhr. J. A.: Jachmann.

Unserem lieben Genossen u. Bezirksführer
August Breddin und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
20. Abtlg. 4. Kreis.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Dienstag, den 22. Juli abends pünktlich 6½ Uhr
General-Versammlung
in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongreß.
2. Verschiedenes.
Zu dieser Generalversammlung sind außer den Delegierten und übrigen Teilnehmern nach § 4 des Geschäftsstatuts die Vertrauensleute und Druckereikassierer eingeladen. Ohne Legitimationskarte keinen Eintritt.
Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei
(Westliche Vororte).
Freitag, den 18. Juli, abends 7½ Uhr
Fünf Protestversammlungen gegen den Verrat an der Schule.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr.
Friedenau-Steglitz, Aula des Gymnasiums in der Hessestr.
Schöneberg, Aula der Fichte-Realschule, Kolonnenstr. 22.
Wilmersdorf, Aula der Oberrealschule am Seepark.
Zehlendorf, Aula Oberrealschule, Burggrafenstr.
Redner: Dr. Ausländer, Dr. Block, Dr. Löwenstein, Dr. Rosenberg, Dr. Wagner.
Hand- und Kopfarbeiter und arbeiterinnen! Erhebt flammenden Protest gegen die Verschacherung der Schule an das Pfaffen- und Muckertum. Die Einberufer.

Lichtenberg, Café Bellevue.
Freitag, den 18. Juli, abends 7 Uhr
Oeffentliche
Frauen-Versammlung
Thema: Die Frau in der Wirtschaft und im Erwerbsleben.

Moabit
Mieter-Versammlung
am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr in der Aula, Zwinglistraße 2.
1. Die Regierung schützt die Hausagrarier.
2. Mieterräte.
Redner: Fritz Dzienk, Benno Maaß.
Vermieter haben keinen Zutritt!
Männer und Frauen!
Erscheint in Massen!
Mieterbund Groß-Berlin,
W, Potsdamer Straße 56.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 18. Juli 1919, abends pünktlich 6½ Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstraße 17
Außerordentl. General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarifverhandlungen.
2. Stellungnahme zum Nürnberger Verbandstage.
3. Verbandsangelegenheiten.
Zutritt zur Generalversammlung haben nur Delegierte gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und der Legitimationskarte.
Die Ortsverwaltung.

Korps-Nachr.-Park „Garde."
Arbeiterratswahl
Freitag, 18. Juli, nachm. 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engel-Ufer. Alle Wahlberechtigten über 20 Jahre. Parkausweis notwendig.

Schlosserarbeit
aller Art, Drehen, Bohren, Feilen etc. sucht — Vermittlung honoriert hoch — Karl Ihnenin, Berlin N 31, Bernauer Str. 100.

Volkshochschule Reinickendorf.
Der wegen des Verkehrsstreiks verschobene abschließende Vortrag des Vortragszyklus von Engelbert Graf findet Freitag abend 6 Uhr im Rathaussaale statt.

Die der Frau Grewatsch am 9. Juli zugefügte Beleidigung nehme ich zurück. Frau Bäckermeister Berta Schulz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von 9—4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Achtung! Achtung!
Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Am Donnerstag, den 17. Juli 1919, finden in den bekannten Lokalen die
Branchen-Konferenzen
statt. In denselben wird das Material für die Urabstimmung ausgegeben. Vertrauensleute, welche keiner Branche zugeteilt sind, oder aus einem anderen Grunde an der Branchenkonferenz nicht teilnehmen, erhalten ihr Material im Verbandsbureau, Zimmer 2, beim Kollegen Rudolf Behrend.
Es ist Ehrenpflicht der Vertrauensleute, für ordnungsmäßige Verteilung des Materials Sorge zu tragen.

Achtung! Achtung!
Vertrauensleute der Walzwerk-, Kabelwerk- u. Papierrohrarbeiter
Heute, Donnerstag, den 17. Juli, abends 6 Uhr findet eine
Vertrauensmännerkonferenz
statt in Schulz' Festsälen, Am Königsgraben 2.
Es soll dort das Material für die Urabstimmung entgegengenommen werden.
Pflicht der Vertrauensleute ist es, pünktlich dort zu erscheinen.
Die Vertrauensleute der Kabelwerk- u. Papierrohrarbeiter, die jetzt der Branche der Walzwerkarbeiter zugeteilt sind, werden gebeten, umgehend ihre Adresse nebst Angabe der Firma, bei der sie beschäftigt sind, dem Kollegen Rudolf Breitkreutz, Berlin, Taborstraße 6, anzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
Filiale Berlin.
Bureau: Michaelkirchstraße 28, part. — Fernspr.: Moritzplatz 4787.
Arbeitsnachweis: Germaniastr. 19 — Fernspr.: Norden 3791-97.
Freitag, den 18. Juli 1919, abends 7 Uhr
Sektions-Versammlung der Lackierer
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung in Würzburg.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.
Da die Tagesordnung eine äußerst wichtige ist, wird erwartet, daß unsere Kollegen und Kolleginnen zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Sektionsleitung.

Heute vor einem Jahre wurde mir in dem großen Völkermorden im Orient mein einziger Sohn und Bruder, mein Gatte, der Kraftfahrer
Richard Schroeder
durch eine Fliegerbombe entrissen.
Lieber Papa, schlaf in Ruh.
Unsere Liebe deckt dich zu.
Trudchen und Robert.
Frau Emilie Maroske als Mutter
Paul Maroske als Stiefvater.
Buchholzer Str. 2.
Gelitten und gestorben für nichts.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines geliebten Mannes, unseres treusorgenden Vaters, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, Herrn Lewer und den Kollegen der Firma Lewer, den Koll. der Fa. Dr. Paul Meyer, den Genossen d. 16. Abt. der U.S.P. u. den Koll. des Metallarbeiter-Verbandes unseren innigsten Dank.
Frau Wwe. Biberstein nebst Kindern.

Danksagung.
Allen Verwandten und Freunden meines verstorbenen Mannes sowie dem Verband der freien Gastwirte und Wahlverein U.S.P.D. 6. Kreis und Feuerbestattungsverein hiermit meinen herzlichsten Dank.
Frau Berta Paetzolt geb. Stuhlmann, nebst Enkelin.

Kaufgesuche

Kupfer
sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin! Silber!
zu Original-Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin, Kupfer! Sämtl. Metallabfälle! Messing! Silber! Quecksilber! Zahngebisse! kauft zu Selbstverbrauch-Preisen „Metallschmelze Baruch" FENNSTRASSE 48

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silberlote, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Brandenstraße 15, Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Engrospreise.

Platinabfälle!! Zahngebisse! Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Glühstrumpfasche, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31 (Alexander 4243).

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig, Invalidenstraße 142, Telephon: Norden 9649.

Platinankauf
Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau Linke, Blücherstr. 40.

Platinankauf
Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzen kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54 v. II.

Metallschmelze, Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen kauft Christenat, Reichenberger Str. 22 (Kottbuser Tor).

Altmetalle, Blei, Zink, Kupfer, Messing, Silber, Platin etc. kauft jede, auch kleinste Menge zu höchsten Preisen Röhr, Laboratorium, Lübbener Straße 20, nach 2 Uhr.

Metalle, Akten, Zeitungen, Lumpen, Weinflaschen, kauft zu höchsten Tagespreisen Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 9. Fernsprecher Neukölln 453.

Genossen-Silberbruch Quecksilber, Platin, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände sowie alle anderen Metalle kauft zu Höchstpreis „Silberschmelze Haudeck", Köpenicker Str. 157

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Motore, Treibriemen, Transmissionen kauft Weinsziehr, Gr. Frankfurter Straße 71.

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel, kauft jedes Quantum höchstzahlend Grossfeld, Kottbuser Str. 21, Mpl. 4016.

Kupferdrähte, Kabeln, Litzen f. Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb Jach, Friedrichstr. 34. Mpl. 4359.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 75, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Kaufe Wertsachen, Uhren, Brillanten, Schmuckgegenstände Karl Bauß, Wittstocker Straße 27.

Möbel. Teppiche kauft Vogel, Ackerstr. 35, Postkarte.

Plüsche, Möbelstoffe, Stoffreste kauft jeden Posten „Gelegenheitskäufer" Glöckel, Hasenheide Straße 14, Tapezierer.

Kaufe allerlei Garn, Wäsche, Schürzenstoffe, Stoffreste, Nessel, Säcke. Schickler, Georgenkirchplatz 11.

Kaufe **Wein- und Sektkorke** jeden Posten zu guten Preisen. R. Nachemstein, G. m. b. H., Charlottenbg., Windscheidstr. 5

Fahrraddecken, Schläuche kaufe. Zahle höchste Preise. Suchocki, Schönhauser Allee 70

Leim, Schellack, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustr. 5, Nollendorf 3379.

Elektromotore, Kabel, Litzen kauft Hagedorn, Kochstr. 10/11. Telephon: Zentrum 12015.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Spiralbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jeden Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I.

Schnellaufbohrer, neue, kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stäbner, Pankow, Westerlandstr. 18.

Spiralbohrer, konische, kauft höchstzahlend Winkelmann, Maschinenfabrik, Schönhauser Allee 167 a.

Spiralbohrer, neue, kauft höchstzahlend, Bothke, Nazarethkirchstr. 52.

Spiralbohrer usw. kauft dauernd jeden Posten zu allerhöchsten Preisen, Pesenecker, Neue Königstraße 38, Hof hint. links, a. Alexander Platz.

Spiralbohrer
(neue) aus Werkzeug und Schnellstahl (konisch) kauft laufend jeden Posten gegen Kasse Mangelsdorf, Grimmstraße 38 II. Fernruf Norden 10432. Geschäftszeit 7—7 Uhr.

Elektromotore
Gleichstrom, Drehstrom kauft, tauscht, verkauft
J. Schönberger
Elektro-Industrie
Blumenstr. 100. Alex. 1723

Kaufe dauernd alle Sorten Spiralbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer, Kluppen, Sägeblätter, Feilen, Sägefeilen, Feilkloben, Zangen, Hämmer, sowie alle Werkzeuge für Holz- und Metallverarbeitung, Motore, Installationsmaterial, Schmirgelleinen, Maschinenschrauben, Holzschrauben, Drahtstifte, Altmetall, Messing, Zinn, Kupfer, Zink. Werkzeughandlung Cothenius str. 17, Ecke Elbinger straße, Haltestelle Landsberger Allee. Telephon Königstadt 8907.

Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl, konisch, nur neue kauft jeden Posten, 2—7 Uhr. Schade, Schivelbeiner Str. 36.

Spiralbohrer
Werkzeuge jeden Posten kauft Tarowski, Chausseestr. 51/52.

Spiralbohrer. Metalle, Quecksilber, Leitungsdrähte kauft laufend Klempnerei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Spiralbohrer
Werkzeuge, jeden Posten kauft Buschhaus, Huttenstr. 28.

Spiralbohrer, neu, kauft gegen Kasse. W. Schley, Neukölln, Prinz-Handjery-Str. 44-45, II. 5—8 abends.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, jeden Posten kauft Industrie-Bedarfsartikel, Pankstr. 90, Quergeb. part. links. — Geschäftszeit 4—8.

Spiralbohrer kauft Marten, Löwestr. 2 III.

Kaufe jeden Posten Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen täglich von 8 Uhr an, Karl Regoschewski, Mirbachstraße 35, Hof II.

Metallabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Zinn, Zinngeschirre, Spiralbohrer, Schmirgelleinen, kauft ... hoff, Kottbuser Damm ... Telephon: Moritzplatz ...

S. S.-Bohrer kauft ... neue Karow, Gerichtstr. ...

Verschiedenes

Ehescheidungen (auch im Armenrecht), Straf..., Alimentensachen, Prozesse überall. Glänzende hervorragende Erfolge! ... Ermittlungen ... treffer! Rechtsschutz ... heit", Direktor Mandel, Kottbuser Damm 65 (an der ...), Weser-, Kaiser-Friedrich-..., Neanderstraße 7, Adalbertstrasse 2, Grosse Frankfurter Strasse 10, Neukölln, ... Strasse 80. (Auch Sonntags.)

Rechtsrat! ... Feilnerstraße 11 (Stettiner Bahnhof) ... Vertretung vor allen ... Gerichten, Strafsachen ... Alimenten-, Straf... gesuche. Beste Erfolge ... 7 Wochen Gefängnis ... Erfolgreiche Hafterleichterungs... suche. Viele Anerkennungen. Auskunfterteilung umsonst. Rat vormittags.

Rechts-Auskunft ... Invalidenstraße 134 ... sachen, Ehesachen, Alimente ... Rentensachen Beobachtungen ... Ermittelungen.

Detektivbureau ... achtungen, Ermittelungen, Ehescheidungen ... kürzeste billigst ... strasse 4.

Adalbertstr. 3
Glassommer beachten! ... die Rechtsdetektei ... Ehescheidungen! Straf... Rechtserfolge! Detektiv...

Landrichter a. D. ... lich, Prozeßführung ... beistand, Ermittelungen ... kostenlos. Lothringer Str. ... (Rosenthaler Tor).

Rechts- und Auskunfts... polnische Uebersetzungen ... Grzesiak, Landsberger Allee ...

Zöpfe auf Teilzahlung billig. Versand allerorts ... langen Sie neueste Preisliste und Bedingungen ... von Zopffabrik Bock, ... Bergstraße 1.

Inserate
für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr, Sonnabends ... Uhr nachm., bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben ...

Arbeitsmarkt

Junger Mann sucht ... Zimmer dauernd. Offerten Expedition d. Bl.

Holländer ... Genosse kann sich ... pital und Risiko an ... wertung von Erfindungen ... teiligen. H. Brosilius ... NO 18, Höchster Str. ...

Straßenhändler, ... finden gewinnbringenden ... verkaufsartikel Anfragen ... bei Kort, Wormser Str. ...

Straßenhändler
Millionenschlager, Halb... Elfenbeinimit. Fabrik ... Schröder, Novalisstr. ... Stettiner Bahnhof.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort
Botenfrauen
eingestellt:
Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 90, Dörin..., Steinmetzstr. 23, Hackbarth, Michaelkirchpl. ...
Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmersdorf
Neßler, Hindenburgstraße 34.
Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.